

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilenzeit 40 Pfg. Telephone Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. find an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Was wir sollen.

Sei nicht müßig,

sondern arbeite mit. Sind es wirklich große Gedanken, von denen unsere alltägliche Arbeit getragen wird, dann muß der Drang in uns enthalten sein, rastlos vorwärts und aufwärts zu streben und jede feige Selbstbeschränkung zu verachten. Die gute Sache soll all denen gemeinsam werden, die Gleiches sind, wie wir. Das ist Programm. Darum vermögen uns kleine Fortschritte zu erfreuen, nicht aber zu befriedigen, und jeder Zoll eroberten Bodens muß uns zu weiterem Vordringen ermuthigen. Ideale sind nicht erreichbar. Aber sie allein geben dem persönlichen Opfermut und dem Kampfe einen Sinn. Wir wollen einen

freien deutschen Arbeiterstand,

gehoben in seiner wirtschaftlichen Lebenslage, gesichert in seinem sozialen Recht, teilnehmend am kulturellen Streben der Nation, erfüllt mit soldatlichem Bewußtsein. Können wir diese Ziele erreichen ohne in die Massen einzubringen, ohne rastlos tätig zu sein, ohne mit Liebe zu arbeiten furchtlos und beharrlich? Die Trägheit in den eigenen Reihen müssen wir bekämpfen, dann gewinnen wir auch die

hunderttausende von Abseitsstehenden!

Ueber Arbeiterkrankheiten.

Die Arbeit soll des Lebens Balsam und Segen sein und diesen Beruf erfüllt sie auch in der Tat wenn sie nicht nur von Erfolg begleitet ist, sondern vor allem auch richtig angelegt und in den natürlichen Grenzen betrieben wird. Sie ist speziell für den Industriearbeiter aber auch vielfach die Quelle zahlreicher Krankheiten und Leiden, die man vornehmlich unter dem Namen der Arbeiterkrankheiten zusammenfaßt.

Diese spezifischen Arbeiterkrankheiten entstehen einmal, wenn die Arbeit infolge ihrer Menge und Beschaffenheit einzelnen Körperorganen oder dem ganzen menschlichen Organismus zu rasch und zu viel Kraft entzieht, oder wenn die Körperstellung bei der Arbeit einzelne Teile überanstrengt, wenn sie eine falsche ist. Sie können aber auch darin ihren Grund haben, daß die Arbeitsräume dem arbeitenden Körper Luft und Licht rauben, oder umgekehrt, die Arbeit dem Körper und dessen Organen Stoffe zuführt, welche den Zellen schaden, wie die mehr oder minder starken Gifte, welche die Zellen zerstören oder die Zellengewebe entzünden.

Gegenüber diesen Schädigungen der menschlichen Arbeitskraft hat nicht nur der Staat die Pflicht, durch einen verständnisvollen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung ihnen entgegenzuwirken, sondern auch jeder einzelne, der ihnen ausgesetzt ist, durch eine vernünftige Gesundheitspflege. Zu diesem Zwecke muß er vor allem auch über die Natur der Arbeiterkrankheiten sich aufzuklären und sich einzuprägen suchen, in welcher Form und Weise sie aufzutreten pflegen.

Da sind unter den Arbeiterkrankheiten in erster Linie die Augenkrankheiten zu nennen. Die Erkrankung der Augen kann eintreten, teils als Folge der Verarbeitung schädlich wirkender Arbeitsgegenstände, teils als Folge falscher Stellungen und falscher Beleuchtungen. Sie entsteht meist durch Überanstrengung, und zwar dadurch, daß Leute, die sich mit sehr feinen, ein genaues Zusehen erfordernden Arbeiten beschäftigen, die kleinen Gegenstände nahe an das Auge bringen und sehr viel bei künstlicher Beleuchtung, die öfters noch mit großer Wärme verbunden ist, arbeiten müssen.

Ohrenkrankheiten pflegen für gewöhnlich dadurch zu entstehen, daß die Gehörnerben durch betäubende Geräusche erschüttert werden; so entsteht die Schwerhörigkeit. Sehr leidet das Gehör der Arbeiter, wenn Rachenkatarrhe die Rohrverbindung zwischen Rachen und Mittelohr verstopfen. Rachenkatarrhe treten aber bei vielen Arbeitern auf, die mit Laugen, Dämpfen, Säuren arbeiten, oder eine staubige Luft einatmen. Kratzen und Kitzeln im Hals sind die ersten Erscheinungen des Katarrhs.

Sehr häufig sind die Krankheiten der Atmungsorgane. Diese leiden beim Arbeiter am meisten durch Einatmung von staubiger Luft, und zwar von Metallstaub, Kohlen- und Eisen- sowie egetabilischem Staub. Diese Reize des Staubes führen nun zunächst zu Katarrhen der Atmungsorgane, die unter Umständen chronisch (uernd) werden. Der chronische Katarrh führt allmählich zum sogenannten Lungenemphysem mit Schwermüdigkeit. Die Lungenarterie der Lungen leidet sehr. Auch Lungenentzündungen sind häufig die Folge der Staubeinatmung und ihres Reizes, endlich auch die Lungen-schwindsucht, die Geißel der Menschheit. Die Atmungsorgane sind jedoch nicht der einzige Weg, auf dem die verschiedenen Staubarten zur schädlichen Wirkung gelangen können; gar nicht selten sind es oft nur kleine Verletzungen der äußeren Haut, durch welche Staubpartikeln eindringen, die dann zu heftigen Allgemeinerkrankungen Veranlassung geben (Milzbrand, Scharlachkrankheit, auch Pock).

Im Arbeitsbetrieb haben nicht selten auch Magen- und Darmleiden ihre Ursache. Im allgemeinen wird durch hastiges Trinken kalter Getränke oft geschädigt. Sonst treten Magen- und Darmkrankheiten hauptsächlich als Folgeerscheinungen der gekrümmten Haltung und sitzenden Lebensweise auf. Sie wird man am meisten daran gewahrt, daß der Appetit nicht mehr so gut ist wie früher; ein Gefühl der Völligkeit, des Unwohlseins stellt sich ein, das den Leidenden veranlassen sollte, den Arzt nach den Ursachen dieser Störungen sühnen zu lassen, namentlich, ob sie nicht in der Beschäftigungsweise begründet sind.

Als Arbeiterkrankheiten seien dann noch folgende genannt. Zunächst Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße. Alles, was zu harter Pressung führt, einseitiges Tragen, Heben, Stemmen, Drücken schadet mit der Zeit dem Kreislaufsystem, dem Herzen und den blutleitenden Adern. Die so tätigen Arbeiter bekommen leicht Herzerweiterungen mit den Folgen der Atemnot, des Herzklopfens, des Geschwollenwerdens.

Bei manchen Arbeiten leidet auch das Knochen-system. Die Körperhaltung, vielfach eine Folge lang dauernder Belastung, kann, wenn sie von zarter Jugend an geübt werden muß, zu bleibenden Mißgestaltungen des Skeletts führen.

Das Nervensystem kommt bei keiner Arbeit ganz ohne Schaden weg, weil es wohl kaum eine solche gibt, bei der der Geist gänzlich ausgeschaltet ist, die Berufe aber sich immer mehr, wo die intensivste und rascheste Geistesarbeit verlangt wird. Wenn gewisse Gruppen von Muskeln durch lange Zeit unvernünftig angestrengt werden, so werden sie manchmal von Krampf befallen. Am bekanntesten ist der sogenannte Schreibkrampf.

Auf den gesamten Stoffwechsel endlich wirken insbesondere ungünstig ein der Aufenthalt in zu kalter, feuchter oder zu trockener Luft, die Einatmung einer nicht genügend gereinigten, einer schlechten verbrauchten Luft.

Den Gesamtstoffwechsel beeinflusst auch die vom Material ausgehende Giftigkeit. Wir haben es hier einmal mit einer durch die Gifte veranlaßten, unmittelbaren Gesundheitsschädigung zu tun, sodann aber mit der durch Einwirkung dieser Stoffe herbeigeführten größeren Geneigtheit zur Ansteckung, mit der geschwächten Widerstandsfähigkeit, die den Arbeiter leichter anderen Krankheiten erliegen läßt. So soll z. B. bei Blei- und Quecksilberarbeiten eine größere Disposition zur Tuberkulose herrschen.

So sehen wir also eine ganze Reihe von gesundheits-schädlichen Einflüssen, die speziell den industri-

ellen Arbeiter treffen. Daher ist denn auch die Sterblichkeit in Arbeiterkreisen erwiesenermaßen stärker als in andern Erwerbskreisen. Darum tue auch ein jeder Arbeiter seine Pflicht, die Schädigungen der Arbeit nach Möglichkeit zu vermeiden oder doch auszugleichen, insbesondere auch durch Beobachtung der Vorschriften der Gesundheitslehre. In den Standesvereinen müssen nach dieser Richtung hin Vorträge gehalten werden; auch sollte hier belehrendes Material erhältlich sein, wie es z. B. der Volksverein für das kathol. Deutschland in einer gemeinnützigen Volksbibliothek (Heft 5 Pfg.) und gemeinnützigen Flugblättern bietet.

Vor allem gilt es auch, bei der Berufswahl auf die Veranlagung des jungen Mannes zu irgendeiner Krankheit sorgfältig Rücksicht zu nehmen. Aus obigem ist schon leicht ersichtlich, welche Berufe junge Leute, die nach irgendeiner Krankheit hinwegzuden, meiden sollten. Recht praktisch ist es daher, vor der Wahl eines Berufs einen Arzt zu Rate zu ziehen. Es gilt das Lebensglück, und da sollte keine Mühe zu groß sein.

Heimarbeit-Ausstellung Frankfurt a. M.

Im Januar-Februar 1906 fand in Berlin eine Heimarbeit-Ausstellung statt, welche die Anregung zu einer solchen Ausstellung in Frankfurt gab. Aus der Berliner eine Wander-Ausstellung zu machen, erschien nicht tunlich, da sich die Objekte im Besitz der Gewerkschaften befanden. In der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung vom 20. Febr. 1906 stellten die Herren Dr. Brud und Hüttmann einen Antrag auf Abhaltung einer Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt. Die Sache wurde an den Magistrat verwiesen, welcher es ablehnte, sie selbst in die Hand zu nehmen, aber seine Unterstützung in Aussicht stellte, falls die hiesigen wissenschaftlichen Vereine die Veranstaltung in Gang bringen wollten.

In der Sitzung der Sektion für Volkswirtschaft des Freien Deutschen Hochstifts am 21. Febr. 1906 stellte Stadtrat Dr. Fleisch einen dahingehenden Antrag, worauf die Vorsitzenden der Sektion sich zunächst mit den maßgebenden Vertretern des „Sozialen Museums“, der Akademie und der Handelskammer in Verbindung setzten. Nach verschiedenen vorbereitenden Besprechungen fand im Saale der Handelskammer anfangs April eine größere Versammlung statt, welche sich als Hauptauschuß konstituierte, die Vorstände für die Ausstellung und deren einzelne Sektionen wählte und Satzungen feststellte. Dieser Versammlung wohnten Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, der Handelskammer von Frankfurt und der benachbarten Städte, der Universitäten von Gießen, Marburg, Heidelberg und Würzburg, eine Anzahl von Professoren, Vertretern der Gewerkschaften, hiesiger und benachbarter Vereine und viele andere Interessenten bei.

In dem ausgegebenen Programm wurde die Absicht ausgesprochen, statt einer Nachahmung der Berliner Ausstellung ein Unternehmen mit eigenem Charakter zu schaffen, das geeignet wäre, jene zu ergänzen und möglichst sichere Ergebnisse zu erzielen. Die hiesige Ausstellung soll sich auf die Darstellung der Heimarbeit des Frankfurter Wirtschaftsgebiets beschränken, in diesem örtlich eng begrenzten Gebiet aber ein umfassendes Bild der Heimarbeit in ihren wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen geben. Sie soll vollständige Unparteilichkeit zu ihrem Grundsatz machen und daher sich in gleicher Weise auf die Mitarbeit der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer stützen.

Vertikale Begrenzung: Diejenigen Gebietsteile Hessens, Nassaus und Bayerns, welche in der Hauptsache Taunus, Rhön, Vogelsberg, Spessart und Odenwald umfassen.

Sachliche Begrenzung: Darstellung der Heimarbeit dieser Gegenden in den verschiedenen Industriezweigen i. nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite hin: Arbeitsverfahren, Arbeitsverhältnis, Arbeitspreis und Verhältnisse sowie Verkäufe

preise des Produkts; 2. nach der sozialwirtschaftlichen Natur der Heimarbeit: a) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und anderen gewerblichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten; b) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Familie; c) Einfluß der Heimarbeit auf die Einkommensverhältnisse; d) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Wohnung.

Zur Leitung der wissenschaftlichen Arbeiten, Sammlung und Sichtung des Materials hat der Ausstellungsvorstand einen besonderen „wissenschaftlichen Ausschuss“ gebildet. Dieser wissenschaftliche Ausschuss, der die Zentralstelle für die wissenschaftlichen Arbeiten sein soll, hat ferner eine Reihe von Sachverständigen zur Untersuchung der einzelnen Zweige der Heimarbeit eingesetzt. Die Sachverständigen bestehen aus mindestens drei Personen, nämlich aus einem wissenschaftlich geschulten, unparteiischen Leiter und aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Heranziehung der Unternehmer zur Mitarbeit an den die Ausstellung vorbereitenden Untersuchungen hat bis jetzt noch bei keiner derartigen Veranstaltung stattgefunden und soll als besondere Eigenart dieser Ausstellung betont werden. Sie wird als das einzige Mittel betrachtet, um für die Ergebnisse der Untersuchung den Charakter der Überverlässigkeit und Wissenschaftlichkeit beanspruchen zu dürfen. Es hat sich in manchen Fällen diese Heranziehung der Unternehmer als eine schwierige Aufgabe erwiesen, da nicht alle zu überzeugen waren, wie sehr eine solche Mitarbeit zur Verhütung einseitiger Darstellungen, die u. a. den Berliner Ergebnissen teilweise zum Vorwurf gemacht wurden, in ihrem eigenen Interesse liege. In der Tat ist es möglich gewesen, für fast alle und namentlich die bedeutendsten in Frage kommenden Industriezweige in hohem Grade eifrige und kenntnisreiche Unternehmer zur Mitarbeit zu gewinnen. Ebenso ist anzuerkennen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer sowohl bei der Leitung der Vorkarrieren, als auch in den Sachverständigen mit großem Fleiß und in entgegenkommender Weise sich beteiligt haben und daß die Sitzungen und Besprechungen in durchaus harmonischer Weise verlaufen sind. In den Fällen, wo in den beiderseitigen Angaben, namentlich über die Lohnsätze und den nach Zeit berechneten Verdienst keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, werden in der zu veröffentlichen Darstellung beiderlei Angaben gegeben werden. Die Aufgabe der Mitarbeiter in den Sachverständigen war eine vierfache.

1. Besuche bei den Heimarbeitern und Untersuchungen der einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse (Arbeitszeit, Lohnsätze usw.) auf Grund von Fragebogen, welche nach einem allgemeinen Schema für jedes einzelne Fach auszuarbeiten waren.

2. Beschaffung von geeigneten Gegenständen für die Ausstellung mit Angaben der bezahlten Löhne und sonstigen Umstände für jeden einzelnen oder für Gruppen und Gegenständen. Diese Bemerkungen waren den auszustellenden Waren als „Etiketten“ beizufügen, um bei der Ausstellung als Erläuterung zu dienen.

3. Die Abfassung von wissenschaftlichen, für Zugestanden, aber genügend aufklärenden Monographien, deren Fertigstellung nicht für die Eröffnung der Ausstellung als notwendig betrachtet wird, sondern welche, sobald wie tunlich, in zwei oder drei Sammelbänden (bei Fischer in Jena) erscheinen werden. Die Abfassung dieser Monographien wird in entsprechender Weise honoriert, während die übrige Mitarbeit fast durchgehend freiwillig ist.

4. Ganz kurze Beschreibungen, die bei Eröffnung der Ausstellung fertig vorliegen müssen und die als Führer zusammengestellt, zur Belehrung der Besucher dienen sollen.

Im Verlauf der Arbeit hat es sich ergeben, daß die Anzahl der einzelnen Arbeitszweige, welche für dieses Gebiet in Frage kommen, weit bedeutender ist, als anfangs vermutet wurde. Während man zuerst auf 30 bis 40 gerechnet hatte, enthält das ausgegebene Verzeichnis 73 Fächer. Einzelne waren so unbedeutend, daß sich ihre Verarbeitung nicht lohnte. Als die bedeutendsten sind zu verzeichnen (in alphabetischer Ordnung):

- Büstenfabrikation (Westerwald, Rheinprovinz).
- Damenkleider-Konfektion (hauptsächlich Frankfurt).
- Drahtwaren- und Madefabrikation (Taunus, Westerwald).
- Elfenbein- und Bein-Schnitzerei (Odenwald).
- Herrnkleider-Konfektion (fast ausschließlich in den Städten).
- Herrnmaßschneiderei (ebenso).
- Holzschneiderei (Odenwald, Rhön, Vogelsberg, Westerwald).
- Korbwebererei (Vogelsberg, Rheinprovinz, Westerwald).
- Porzellan-Industrie (Offenbach und Umgegend).
- Tabak- und Zigarren-Industrie (Offenburg, Gießen, Westerwald).
- Töpfererei (Vogelsberg, Rhön, Odenwald, Westerwald).
- Wäsche-Konfektion (Frankfurt, Darmstadt, Mainz).
- Weberei und Spinnerei (Rhön, Vogelsberg, Westerwald).

Die Ausstellung wird die von den Vorsitzenden der Sachverständigen...

fernegeheim zur Verfügung gehalten in Heimarbeit angefertigten Gegenstände enthalten. Zur Erläuterung dienen beigelegte „Etiketten“ mit den notwendigen Angaben über Persönlichkeit der Arbeiter, Wohnungsverhältnisse, Lohnsätze und Berechnung des Verdienstes nach Zeit.

Eine Anzahl von Photographien zeigen Wohnungen und Arbeitsstätten. Während in Bezug auf das Einkommen der Arbeiter extreme Fälle, welche auf ausnahmsweise Umstände zurückzuführen waren, möglichst ausgeschlossen wurden, dies natürlich nur da, wo die Wahrheitstreue der Darstellung dadurch beeinträchtigt worden wäre, wurden bei den photographischen Bildern besonders traurige Wohnstätten absichtlich nicht vermieden.

Für die Ausstellung wurde eine Landkarte angefertigt, auf der die räumliche Verteilung der Heimarbeit in übersichtlicher Weise kenntlich gemacht ist.

Ferner sollen, um in wirksamer Weise hausindustrielle Verhältnisse, insbesondere die Produktionsweise zu veranschaulichen, auch einige dafür geeignete Industrien unter Zuziehung von Arbeitern oder Arbeiterinnen in vollem Betriebe gezeigt werden. Es ist hierfür in Aussicht genommen Korbschleuderei, Eisenbein- und Holzschneiderei, Perlkrausflechterei, Filzstrickererei, Töpfererei und Leinwandweberei; letztere an einem der alten Webstühle, die voraussichtlich in nächster Zeit der Vergangenheit angehören werden.

Die lokale Anordnung der Ausstellung, Beschaffung des Mobiliars und Aufstellung der Gegenstände erfolgt unter Leitung eines Herrn Schreiner.

Die Ausstellung soll während der Monate April und Mai von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet sein. Der Eintritt ist auf 25 Pf. festgesetzt, außerdem werden Karten für Arbeiter und ihre Familien durch die Gewerkschaften zu 15 Pf. ausgegeben.

Der für die Finanzierung eingesetzte Ausschuss unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat E. Ladenburg hat die Einnahmen auf etwa Mk. 25 000 bewertet. Es befinden sich dabei ein fester Beitrag der Stadt Frankfurt von Mk. 15 000, Offenbach 2000, sowie kleinere Beiträge von Darmstadt, Hanau und Worms. Die Entschließung der Mainzer Stadtverwaltung steht noch aus. Das Hochstift, sowie die Polytchnische Gesellschaft spendierten je Mk. 500. Das Ausstellungskomitee und sonstige Vergünstigungen gewährt die Stadt, die Installation der elektrischen Beleuchtung erfolgt kostenlos durch die A. G. O., mehrere hiesige Firmen spendeten Material und Mobilar.

Die Ausgaben wurden im Budget auf Mk. 52 000 bemessen, nämlich Mk. 15 000 für Bureaukosten, Mk. 32 000 für wissenschaftliche Arbeiten und Sachkommissionen und 15 000 Mark für die eigentliche Ausstellung. Die Gesamtsumme wird voraussichtlich nicht überschritten werden. Zur Deckung des Fehlbetrages wurde ein Garantiefonds gebildet, welcher jetzt etwas über Mk. 50 000 aufweist.

Zum Kapitel Terrorismus.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ ist höchst aufgebracht über uns, weil wir geschrieben hatten, die roten Führer und Blätter hätten sich noch nicht dazu aufgeschwungen können, den Terrorismus ihrer Anhänger energisch zu verurteilen. „Im Gegenteil, da wird der Terrorismus vielfach noch von oben begünstigt und gutgeheißen. Das ist die vielgepriesene sozialdemokratische Erziehung“, hatten wir wörtlich hinzugefügt.

Das ist der rote „Kollegin“ in Stuttgart schwer auf die Miene geschlagen. In gut geübter Entrüstung und mit der Miene einer belächtigten Unschuld läßt sie folgende Herausforderung vom Stapel:

„Wer soll mit gemeint sein? Namen heraus! Wenn der schwarze Metallarbeiter solche nicht, so kann man nicht nur den Vorwurf gegen ihn erheben, daß er seine Leser in ganz gewissenloser Weise anlügt, sondern auch noch, daß er sich der Feigheit schuldig macht, indem er ganz allgemein eine sehr schwere Beschuldigung erhebt und sich dadurch der Verantwortung zu entziehen sucht, daß er nicht diejenigen nennt, denen die Beschuldigung gelten soll.“

Diese dreiste Herausforderung war sehr unvorsichtig von dem roten Organ. Wir sind sonst die letzten, die sich mit jedem Vorwissen im gegnerischen Lager besaffen, auch nicht mit all den düsternen Blüten der zukunftsstaatlichen Erziehung, wie sie im roten Lager so oft zu registrieren sind. Der aufgeregte Verfasser vorliegender Herausforderung und mit ihm die Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ müssen nämlich sehr frech im Ableugnen oder aber noch schlechter in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspraxis belesen sein, sonst hätten sie diese Herausforderung sicherlich nicht öffentlich an uns gerichtet. Sonst hätten sie nämlich ebenso gut wie wir wissen können, daß unsere „schwere Beschuldigung“ noch sehr gelinde ausgedrückt war, weil es Tatsache ist, daß der Terrorismus im roten Lager nicht nur von oben vielfach begünstigt und gutgeheißen sondern auch sogar schon direkt angeraten wurde. Und um die schrecklich aufgeregten Nerven der „Met.-Ztg.“ zu beruhigen und ihre naive „Unwissenheit“ in diesen Dingen zu beheben, wollen wir die Beweise für unsere Behauptung folgen lassen.

Vor einigen Wochen verstand die Frauensperson (Ottolie Baader) der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ein Geheim-Hitzjahr über die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen. In diesem, mithin von einer offiziellen sozialdemokratischen Parteinstanz ausgegangenen Hitzjahrchen wird in folgender Weise Erziehung zum Terrorismus betrieben:

Was aber die öffentliche Stimmabgabe bei den Landtagswahlen anbelangt, an welcher Regierung und reaktionäre Parteien zähe festhalten und die der wackel-lappige Freisinn nur sehr schwächern bekämpft, muß uns Frauen zu einer Waffe werden, die wir bei richtigem Gebrauch gegen das der Wahlrechtsreform feindliche Kleinbürgertum mit Erfolg benutzen können. Sie wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Grünkrauthändler usw. auszuüben. All die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeoisikundschaft zu erobern. Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen sollen es tun, damit dem Manne bange wird vor den vielen Kunden, die ihm abtrünnig werden könnten. Kurz, sie (die Frauen) müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden.

Ist das nur ein Begünstigen oder Gutheißen des Terrorismus, oder ist es nicht die unzweideutigste Aufforderung dazu?

Ja, wird die erboste Stuttgarter Tante vielleicht sagen, das ist eine Parteiangelegenheit und hat mit gewerkschaftlichem Terrorismus nichts zu tun. — Gemach, berehrte „Kollegin“, das würde eine unehrliche und zudem auch recht feige Ausflucht sein, wenn ein Organ derjenigen Gewerkschaftsrichtung, die mit der sozialdemokratischen Partei eins ist, an dieser Hintertüre durchschlüpfen wollte. Dieses feige Ausweichen ist aber auch ganz unnötig, denn Beweise für das, was wir schreiben, gibt es auch in der Terrorismusgrenze der sozialdemokratischen Gewerkschaften genug. Die „Wäckerzeitung“, das Organ des sozialdemokratischen Vaterverbandes schrieb im Januar 1905:

„Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturjörernd, wenn auch der Drache des Strafgesetzbuches daneben lauert.“

Ist das etwa kein Gutheißen des Terrorismus? — Das ist noch viel mehr, das ist ein begeistertes Loblied darauf. Das rote Vaterorgan ist aber nicht das einzige sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt, das eine derartige „Erziehung“ betreibt. Der „Steinarbeiter“, Organ des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes, schreibt in seiner Nummer 34 vom 24. August 1907:

„Es ist berechtigter Terrorismus, wenn die Gewerkschaften, die durch lange, opferreiche Kämpfe erlangte Position dadurch zu befestigen suchen, daß sie Unorganisierte zum Eintritt in die Organisation überreden, ja es ist auch berechtigter Terrorismus, wenn Organisierte verlangen, daß Zugezogene, die zu den Kosten des wirtschaftlichen Kampfes nichts beigetragen haben, nun zu den laufenden Ausgaben beitragen und daß Organisierte sich weigern, mit Raubbeinen zusammenzuarbeiten, wenn deren Einstellung den Zweck hat, die Position der Gewerkschafter wieder zu verschlechtern.“

Dieses rote Blatt redet hier zwar von „Unorganisierten“, aber was diese Vertreter der „Freiheit und Willkürlichkeit“ den Unorganisierten zufügen, tun sie oft in noch verschärfte Weise auch gegen Unorganisierte, insbesondere gegen die christlichen Gewerkschaften anwenden. Und Terrorismus ist stets unmoralisch, verwerflich, von wem und gegen wen er immer ausgeübt wird.

Die vorstehend angeführten Beweise könnten schon hinlänglich genügen. Doch warum in die Ferne schweifen usw. Ist denn der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in der Terrorismusfrage so unschuldig wie ein neugeborenes Kind? Hat die Stuttgarter „Kollegin“ vielleicht Ursache zu der gutgepöbelten Entrüstung, oder hätte sie nicht allein Grund in dieser Frage schweigend wie das Grab zu sein, wenn sie auch über den schmachtvollen Terrorismusfeldzug in Bielefeld nicht mehr erörtern kann. Bei diesem Vernichtungskampf gegen unsern Verband wurden nicht weniger wie neun Genossen wegen Terrorismus gerichtlich verurteilt und zwar:

Der Genosse Ernst Halenz am 27. Nov. v. J. zu 20 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung und weiteren 20 Mark wegen Mißhandlung.

Der Genosse Theodor Arnold am 27. Dez. 1907 wegen Mißhandlung zu drei Wochen Gefängnis.

Die Genossen Maier und Grünegras am 4. Jan. dieses Jahres wegen vorläufiger Körperverletzung Maier zu zwei Wochen Gefängnis und Grünegras zu 35 Mark Geldstrafe.

Der Genosse Aufkamp am 8. Januar ds. Js. wegen Beleidigung und Mißhandlung zu sechs Wochen Gefängnis. Der Obergrenosse und freigestellte Gewerkschaftsbeamte Bufe am 18. Januar wegen Beleidigung und vorläufiger Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängnis.

Die Genossen Schneider, Maier und Krause am 8. Februar wegen Beleidigung und vorläufiger Körperverletzung Schneider zu zwei Wochen Gefängnis, Krause

zu einer Woche Gefängnis und 10 Mark Geldstrafe und Walter zu 20 Mark Geldstrafe.

Sämtliche Verurteilten natürlich auch in die Kosten des Verfahrens.

Und was haben die Führer des roten Verbandes und die empfindliche „Metallarbeiter-Zeitung“ zu diesem gewalttätigen Vorgehen ihrer Anhänger, zu diesen brutalen Schandtaten gesagt? — Sie haben das verurteilt, ihren Genossen das Jähzorn und Bewusstseins eine solche Handlungswiese vor Augen gehalten und davon abgeraten, wird sich jeder verständliche Mensch denken müssen, das — ja, der die sozialdemokratischen Erziehungsmethoden nicht kennt. — Denn nicht zu einem Wort des Tadelns oder der Ermahnung, zu keiner Silber oder Stahl an diesem brutalen gewalttätigen Vorgehen der Diktator-Genossen hat sich ein roter Führer oder die „Metallarbeiter-Zeitung“ aufschwingen können.

Auch hier eher das Gegenteil. Dreck als abkneten, sich auch noch als die vergrößerte Unschuld aufstellen, die stumpfen Rügen über die christlichen Arbeiter verbreiten, darin erspähte sich die sozialdemokratische „Erziehung“, auch bei der „Met.-Ztg.“

Ein Schlußbeispiel dafür liefert die „Met.-Ztg.“ in derselben Spalte, wo sie so erzürnt von uns verlangt, Namen zu nennen. Mehrere der vorantastlichen Urteile in Blattesfeld haben gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt, bei einigen ist die erste Strafe dann ermäßigt, letztere aber freigesprochen worden. So hat der Genosse Walter am 4. Januar zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde, in zweiter Instanz 50 Mark Geldstrafe, Tragung sämtlicher Kosten der ersten und die Hälfte der Kosten zweiter Instanz erhalten. Der sechstste Genosse und Obergenosse Mose, der auch gegen das erste Urteil Berufung eingelegt, wurde in zweiter Instanz zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt, da das Gericht nicht vorsätzlich, wie in der ersten Verhandlung, sondern leichtes Versehen als vorliegend erachtete.

Was besagt das zur Verurteilung dieses „Erziehers“ und der übrigen Missetäter in Blattesfeld? Was nicht! Und dennoch in der „Met.-Ztg.“ hoch 4 Spaltenlang und nennt das — man höre und staune — einen „Zusammenbruch der christlichen Arbeiter in Blattesfeld“. So macht dieses Blatt für sozialdemokratische „Erziehung“ seine Leser zu häßlichen. Wie grenzenlos dumm und unethisch schämt dieses Blatt doch seine Leser ein, daß es ihnen überhaupt so etwas zu ferneren sagt. Und um sich bei diesen Entsetzungen als ganz sicher anzustellen, verleiht die rote Schimpf- taube am Schluß dieser Zeitung:

„Wir sind neuartig, ob die „Christen“ nun auch über den Zusammenbruch ihrer Ungeheuer im schwarzen Metallarbeiter berichte werden. Bei ihrer Kapjesweise und ihrer „Wahrheitsliebe“ möchten wir sehr daran zweifeln. Sie werden unentwegt weiterstumpeln.“

Wir würden die Leser der „Met.-Ztg.“ wahrlich zu tief einsehen — wenigstens den größten Teil derselben — wenn wir annehmen wollten, daß die auf diesen plumpen Missetäterberichten der roten Tante herabzufallen könnten. Die Leistung ist denn doch zu hoch für die rote Tante, als daß ein halbwegs vernünftiger Lesender darauf herabzufallen könnte.

Mit dieser Leistung allein aber hat die „Met.-Ztg.“ ihre entrückte Frage an uns indirekt selbst beantwortet.

Mit dieser und ihrer ganzen Skandalnummer zu dem schmachvollen Verurteilungsfeldzug in Blattesfeld hat sie sich zum Mitschuldigen der heutigen Vorgänge gemacht. Daran ändern alle schönen Phrasen und entrückten Heucheleien nichts.

So, nun hat die rote Tante ihre Herausforderung beantwortet.

Wenn ihr diese Antwort aber noch nicht genügt, und wenn sie gern weitere Antworten wissen möchte, — bei ihrer naiven „Unwissenheit“ ja leicht erklärlich — so stehen wir weiter zu Diensten. Ihre und von anderen sozialdemokratischen Blättern in letzter Zeit besetzte Taktik: Halte den Dieb nicht im Stande sein, das dumme Blatt der sozialdemokratischen Gewalttätigkeit — bestehend in vermerktlichem Genießenszucht, Proletzenmachung, Unmenschen- tötungen, tätlichen Mißhandlungen und rohen Beschimpfungen — aus der Geschichte auszuschneiden oder auch nur zu beschä- tigen. Dieses Kapitel ist und bleibt die größte Schmach und Schande für eine Bewegung, die wie als einen Hohn auch noch die Schlagworte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ auf ihre Fahne geschrieben hat.

Konferenz des Bergischen Agitationsbezirks, St. Düsseldorf.

Am 22. März fand in Dhlgs unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt, die von 19 Ortsgruppen durch Delegierte besetzt war. Vom Zentralvorstand war der Vorsitzende Kollege Wieber erschienen. Aus dem vom Bezirksleiter erstatteten Tätigkeitsbericht sei folgendes hervorgehoben:

Seit Ueberstufelung des früheren Bezirksleiters Kollege Winter nach Berlin im Jahre 1906 blieb der Bezirk bis Ausgang des 2. Quartals 1907 verwaltet. Die im April 07 in Warden stattgefundene Konferenz beschloß jedoch in wohlverstandener Interesse für den Bezirk sobald wie möglich wieder einen Beamten anzustellen. Im Juni des vorigen Jahres nahm der Warden Beschluß greifbare Formen an. Dem bisherigen Lokalbeamten Broich-Düsseldorf wurde um diese Zeit der Bezirk als sein Tätigkeitsgebiet übertragen. Dadurch, daß die einzelnen Ortsgruppen ein volles Jahre ohne jegliche Verbindung zu einer Bezirksverwaltung standen, hatte man sich von den Verpflichtungen gegen den Bezirk entzogen. Es wurde daher stehen manchen anderen Arbeiten zunächst wieder der Korpsgeist, d. h. das erhöhte Gefühl der allgemeinen Zusammengehörigkeit und des gemeinschaftlichen Zieles zur erneuten Würdigung gebracht werden. Die einzelnen Ortsgruppen brachten dem gegenüber volles Verständnis entgegen, indem auf der

ganzen Seite mit nur wenigen Ausnahmen überall der 10 Pfg.-Wochenbeitrag resp. zu dem 50-Pfg.-Verbandsbeitrag noch 10 Pfg. Lokalbeitrag beschlossen und eingeführt wurde. Die Ortsgruppe Warden führte sogar dem Bezirksleiter die Verwaltungskasse Düsseldorf folgend, den 10-Pfg.-Wochenbeitrag ein, gewiß ein Zeichen, daß die Kollegen allenthalben von dem außerordentlichen Nutzen solcher Maßnahmen für die stetige Entwicklung des Verbandes überzeugt waren. Es erschien daher durchaus berechtigt, auf diese günstige Entwicklung des Verbandes bei Kollegen weitere Hoffnungen zu setzen. Leider warf die gegenwärtige Krisis bereits im 3. Quartal 07 ihre Schatten voraus, die sich bei den verschiedensten Anlässen offenbarten. Es galt deshalb Mittel und Wege zu finden, den Bestanden, wenn nicht entsprechend zu vermehren, dann wenigstens zu erhalten. — Bei der

Agitation

musste dieser veränderten Sachlage Rechnung getragen werden. In einer Reihe von Ortsgruppen wurden wurden unter anderem zunächst größere Versammlungen arrangiert und zwar wo es sich machen ließ mit Frauen, um diesen die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses ihrer Männer zu demonstrieren. Eine weibliche Rednerin, Frau Michals, die Gattin eines christlichen Gewerkschaftlers, welche eigens zu diesem Zweck gewonnen war, leistete dabei außerordentliche Dienste und sei derselben auch an dieser Stelle anerkennend gedacht. Während der Berichtszeit war der Bezirksleiter in 22 öffentlichen, 23 Mitglieder-, 22 Fabrik- und Werkstattversammlungen in 18 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen und 19 Kommissionssitzungen tätig. Wesentlich höher ist jedoch die Zahl der im Bezirk überhaupt abgehaltenen Agitations- und sonstiger Versammlungen. In den Tätigkeitsberichten der Ortsgruppen werden im letzten Halbjahr neben weiteren 18 öffentlichen und 74 Fabrik- und Werkstattversammlungen noch 103 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen und 199 Mitgliederversammlungen abgehalten. Im schriftlichen Verkehr und mündlicher Berichterstattung schlossen einige Ortsgruppenvorsitze leider zu wenig über, wenigstens diese Seite im allgemeinen berücksichtigte. Viel intensiver wurde dagegen in der Aufklärungsarbeit der verschiedensten Art von den Ortsgruppen sich betätigt.

Volkbewegungen.

Von 14 Bewegungen, an denen der christliche Metallarbeiterverband beteiligt war, sind 7 von unserm Verband allein durchgeführt worden. Hierbei kam es in 4 Fällen zum Angriff, welche sämtlich mit vollem Erfolge endeten. Als ein besonderer Erfolg muß die Düsseldorfser Kupfmiederbewegung angesehen werden, welche den in Frage kommenden Kollegen neben einer Arbeitszeitverkürzung von 1 bzw. 2 Stunden täglich eine Lohnaufbesserung von 1 Mark bzw. 1.10 Mk. pro Tag brachte. Hätte bei dieser Bewegung der sozialdemokratische Verband irgendwelchen Einfluß ausüben können, dann wären die Schmiede um den Preis des Kampfes gebracht worden, da von „freier“ Seite den Schmiedemeistern ein um 8 Pfg. pro Stunde geringerer Lohn angeboten worden war, weshalb die Herrn Sozis von jeder ferneren Beratung von uns ausgeschlossen wurden.

In Radevormwald wurde in einem Betriebe neben der erfolgreichen Abwehr von nicht unbedeutenden Lohnreduzierungen, die einem Teil der Arbeiter zugemutet wurden, noch außerdem für junge Leute 25 % Lohnzulage erreicht; ebendasselbe wurde in einem anderen Betriebe außer Rückgängigmachung der Kündigung 17 % Lohnaufschlag bewirkt. — In Solingen gelang es in 2 Betrieben, anstatt Verzichtleistungen akzeptieren zu müssen, nennenswerte Lohnaufbesserungen durchzuführen. Dieses alles gegen den Willen der Genossen, die ganz bestimmt lieber gesehen, wenn wir dabei den Kürzeren gezogen hätten, um selbst dann im Trüben zu fischen.

Die übrigen Bewegungen wurden mit den anderen Metallarbeiterorganisationen gemeinschaftlich geführt. So in Rath behufs Beseitigung von Mißständen und Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung am Freitag mit Erfolg. Die Streiks der Klempner und Installateure, sowie der Fittlingschmiede in Düsseldorf brachten den Kollegen nur geringen Erfolg. Eine außerordentliche Enttäuschung wurde den Riemengangslochern in Warden durch den 17wöchentlichen Kampf bestritten. Hätte hier der christliche Metallarbeiterverband die Mehrheit und infolge dessen die Leitung der Bewegung in Händen gehabt, dann hätte der Streik ganz bestimmt keine 17 Wochen gedauert und es wäre mehr dabei herausgekommen. Zum Beweis hierfür sei lediglich die Tatsache mitgeteilt, daß der christliche Metallarbeiterverband mit der Firma Müller nach einer Streikdauer von etwa 4 Wochen bedeutend günstigere Bedingungen vereinbarte, als am Schlusse des Kampfes herauskamen. Eine Anzahl Fabrikanten war nicht abgeneigt, auf der mit dieser Firma getätigten Grundlage zu unterhandeln. Allein der Größenwahn der Genossenschaft machte diese Aussicht illusorisch. — Einige weitere Bewegungen hatten mehr oder weniger teilweisen Erfolg.

Wenn man das auf diesem Gebiete Errungene nun betrachtet, dann könnte man fast von zu großer Be-

friedlichkeit reden, wenn man nur sagen, daß es uns befriedigte. Manches hat noch zurückgestellt werden müssen, weil zur Zeit nicht erreichbar. Dennoch halten wir fest, daß leidliche Fortschritte gemacht worden sind. Insbesondere angesichts des stumpfsinnigen Kampfes der

Gegner

und zwar nicht bloß von Arbeitgeberseite, der unter Umständen noch erklärlich erscheinen könnte, sondern ganz besonders von Seiten der eigenen Standesgenossen, bedenklich, daß Standesgenossen einen wesentlichen Fortschritt. Die sogenannten „freien“ Verbände aber besser ausgedrückt, die Sozialdemokraten, deren Arbeiterbewußtsein durch Parteirücklichter vielfach ge- trübt, mitunter sogar vollständig abhanden gekommen zu sein scheint, hätten allernächst einen verbündeten Kampf gegen uns, der im Interesse des Ansehens der Arbeiterchaft bedauert werden muß. Dabei würden die Schranken des sachlichen Kampfes von den Genossen allzuhäufig überschritten und an Stelle dieses der persönlichen Kampf in der unglücklichsten Art gegen uns geführt.

Die Hirsch-Dunderländer in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern machten in Prozessen wider den verhassten Gegner, die aber alle mehr oder weniger im Sand verfielen. Vieler, grundsätzlich zu uns Gehörnden, die aber immer noch abseits standen, wurden durch diesen Kampf die Schuppen von den Augen gerissen und ihnen gezeigt, wo ihr Platz sein muß. Durch die verbündeten Angriffe der Hirsch-Dunder und Arbeitgeber in Vennrath stieg die Zahl der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen von 17 auf etwa 90 Mitglieder, gewiß ein schönes Zeichen, wie „wirksam“ der Kampf gewesen. Unsere Gegner haben sich auch hier erweisen als ein Teil von seiner Kraft, die zwar das Böse will, aber das Gute schafft. Hoffentlich wird auch in der Zukunft diese Eigenschaft unseren Gegnern als Eigentümlichkeit verbleiben. — Bezüglich der

Kasse verhältnisse

mögen folgende Zahlen mitgeteilt werden. Während im 2. Quartal 1907 15 254 Wochenbeiträge verkauft wurden, stieg diese Zahl im 4. Quartal auf 16 027. Insgesamt wurden also im letzten Halbjahr 1907: 31 381 Wochenbeiträge verkauft. Die Gesamt-Ortsgruppen-Einnahmen betragen im 3. und 4. Quartal 1907, ausschließlich des vom 2. Quartal vorhandenen Lokal- kassenbestandes und der Lokalbeiträge, 16 411,08 Mk.; die Gesamt-Ausgabe 14 285,13 Mk. An die Zentrale wurden gesandt 11 264,50 Mk., während 3020,63 Mk. den Mitgliedern an Unterstützung ausgezahlt wurden. Für Zwecke der Erwerbslosen-Unterstützung (bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) wurden 16 % oder ein Sechstel der Verbands-Einnahmen verwandt. Demnach verblieben noch 2125,95 Mk. in den Ortsgruppen. In der Berichtszeit wurden an Lokalbeiträgen 3951,80 Mk. gezahlt.

Das am Schlusse des Jahres vorhandene Lokal- kassenvermögen betrug 3619,23 Mk. — Folgendes Bild ergibt die

Abrechnung der Bezirkskasse:

| Einnahme: | |
|-------------------------------------|------------|
| Bestand am 1. Juli 1907 | — Mk. |
| Von den Ortsgruppen aus den 7 1/2 % | 944,84 „ |
| An Extra-Beiträgen | 507,28 „ |
| Zuschuß der Zentrale | 300,— „ |
| Sonstige Einnahmen | 281,93 „ |
| Summa: 2034,— „ | |
| Ausgaben: | |
| Gehälter | 1180,— Mk. |
| Agitation | 446,— „ |
| Sonstige Ausgaben | 129,75 „ |
| Bestand am 31. Dezember 1907 | 278,25 „ |
| Summa: 2034,— „ | |

So weit der Bericht. — Nach einer recht lebhaften Diskussion, die Klärung nach jeder Seite brachte, nahm sodann Kollege Wieber das Wort zu einem begeisterten Vortrage. Dessen in feinen einzelnen Punkten anzuführen, würde zu viel Raum in Anspruch nehmen. Wie er bei allen Anwesenden eingeschlagen und welche Begeisterung er hervorgerufen, zeigt zur Genüge die einstimmige Annahme nachstehender

Resolution:

„Die Delegiertenkonferenz des Bergischen Landes nimmt erneut Kenntnis von den erhabenen Zielen und Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. In richtiger Würdigung des Gedankens, wonach das Bergische Land, sowohl Solingen und Umgebung, als auch das Buppertal als uralter, historischer Boden, gleichmäßig in industrieller und berufsorganisatorischer Beziehung, seine seit Jahrhunderten existierende Bedeutung hat, erkennen die Delegierten an, daß die einzelnen Ortsgruppen, trotz ihrer bisherigen Entwicklung, viel mehr hätten tun können, wenn die Kollegen in der Vergangenheit mehr im Sinne des Respektes sich der großen Aufgabe der christlichen Gewerkschaften innerhalb unseres heutigen Wirtschaftslebens bewußt gewesen wären.“

Die Delegierten verpflichten deshalb künftighin in ihren Ortsgruppen mit Nachdruck tätig sein zu wollen. Sie sind entschlossen, mit aller Energie die Ausbildung ihrer selbst und ihrer Kollegen im Auge zu behalten und geloben, bei der nächsten Konferenz, wenn eben erreichbar, eine doppelt- Malteilnehmerzahl zu rekrutieren, die auch künftig nach jeder

Selbst auf der Höhe steht, um allen Anforderungen, die an sie gestellt werden, immerdar gewachsen zu sein.

Das fernere versprechen die Delegierten, die Anerkennung des Arbeiterstandes gegenüber den übrigen Ständen mit allen ihnen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln anzustreben und betonen zu wollen, und außerdem den Verbänden der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung überall mit Nachdruck zu propagieren.

In Anbetracht der großen Verpflichtungen des Verbandes gegenüber seinen Mitgliedern beauftragen die Konferenz-Delegierten den Zentralvorstand mit der Anordnung, daß im Laufe des Sommers, wenn möglich noch vor der Generalversammlung, anstelle des bisherigen 50 Pfennig-Wochenbeitrags, höchstens 60 Pfg. an die Zentrale abzugeben seien, damit aus dem jetzigen Verbandsvermögen mögen von 550 000 Mark recht bald ebrige Millionen werden, um leistungsfähig zu sein und zu bleiben angesichts der großen Kämpfe der Zukunft."

Hierauf wurde der Bezirksvorstand gewählt, der sich aus den Kollegen Düßmann und Brandt (Düsseldorf), Schmitz (Wald), Spittmann (Wormen) und Blum (Hilfs) nunmehr zusammensetzt. Dann wurde dem Kollegen Richter zu sammensetzenden 50. Geburtstag ein kräftiges Hoch gewidmet, worin alle begeistert einstimmten. Hiermit war der Schluss der so anregend verlaufenen Konferenz angekommen.

Kollegen des bergischen Bezirks! Eure Aufgabe muß es sein, das lobende Feuer, das die Konferenz in Eurer Brust entfacht hat, wach zu halten und weiterzutragen. Seid stets eingedenk des Gelöbnisses, wonach ein jeder Agitator unserer Sache sein will. Treten wir dem Indifferentismus mutig entgegen; zerreißen wir den Schleier der Kurzsichtigkeit, der die uns noch Fernstehenden im Bann hält und versuchen wir, mit dem Aufgebot unserer ganzen Kraft, alle auf dem Boden unserer christlichen Weltanschauung stehenden Arbeiter auf den Kampfplatz der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu rufen. Christliche Mitarbeiter, wessen Konfession ihr immer sein möget, ob evangelisch oder katholisch, verbannen wir jegliches Vorurteil, reichen wir uns die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf für die große und hehre Sache der immer mehr an Bedeutung gewinnenden christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung! Begeistern wir uns in dem Bewußtsein:

„Wir kämpfen einen guten Kampf!“

Peter Groß-Düsseldorf.

Der „Brotkornzuschuß“ der Oberharzer Berg- und Hüttenleute oder das sogenannte „Vereckorn“

Ist eines der alten Privilegien und Sonderrechte, mit denen der Oberharzer Berg- und Hüttenmann in vergangenen Jahrhunderten von Seiten der damaligen Bergregenten, der Fürsten von Braunschweig und Hannover, ausgestattet war. Im 16. und 17. Jahrhundert hatte nämlich die bergbau-treibende Bevölkerung im Harz schwer unter den damals in oft ungeheuren Umfang auftretenden Teuerungen zu leiden. Durch die oftmals wiederkehrenden Hungersnöte wurde die Arbeitskraft der Berg- und Hüttenleute zeitweilig so geschwächt, daß die Betriebe fast geschlossen werden mußten. Um den verheerenden Folgen solcher Zeiten vorzubeugen, bezog man sie unumgänglich zu machen, wurden seitens der Verwaltungen große Kornmagazine angelegt, woraus den Arbeitern ein bestimmtes Quantum Korn geliefert wurde. Diese Magazine hatten den Zweck, die Preisfluctuationen des Hauptnahrungsmittels und somit die Verarmung infolge etwaiger Teuerungen von den besitzlosen Familien fernzuhalten."

Ein solches Vorkornhaus, das jetzige Harzkorn-Magazin zu Osterode a. S., wurde im Jahre 1722 mit einem Kostenaufwande von 91 345 M. erbaut, eine für damalige Zeiten ziemlich hohe Summe. Auch das im Jahr 1800 erbaute Kaiserhaus zu Goslar, das sächsischen und französischen Kaiser als Residenz gedient hat und in dem mehr denn 20 Reichstage getagt haben, hat bis zu seiner Restaurierung (Erneuerung) Anfangs der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts als Kornlagerraum gedient. Noch vor einigen Jahren bekam ein in den hiesigen Bergwerken oder auf den Zink-, Blei- und Silberhütten beschäftigter verheirateter Arbeiter monatlich 50 Kilogramm Korn, wofür er 3 20 Mark bezahlen mußte. Ein unverheirateter Arbeiter bekommt 25 Kilogr., also 50 Pfund Vorkorn geliefert, wofür dieser hienur 2 60 M. bezahlen muß.

Aber nicht nur die aktiven, sondern auch die erkrankten Arbeiter, die Witwen, Waisen und Waisen bekamen noch bis vor einigen Jahren dieses Vorkorn geliefert. Es erhielt eine Witwe mit mehr als 3 Kindern 50, mit 3 und weniger Kindern 25, ohne Kinder 12,5 Kilogr., ebenso ein erkranktes Kind 12,5 Kilogr. Korn geliefert. An dieser Wohlthat des Kornempfanges nahmen 1892 rund 7300 Personen nebst den Familienangehörigen teil; es entfielen in demselben Jahre auf jeden Empfänger durchschnittlich pro Monat 31,25 Kilogr., macht jährlich 375 Kilogr. pro Kopf der Empfänger.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat man den Subsidien, den Witwen und Waisen dieses Recht genommen. Heute bekommt nur derjenige noch den sog. Kornzuschuß, der noch täglich seinem Berufe nachgehen kann, alles andere ist weggefallen.

Neuerdings sollte man wieder eine Milderung infolgedessen vorgenommen werden, daß das Vorkorn nicht mehr in Osterode geholt zu werden braucht, sondern es sollte loco Wohnort der Berechtigten geliefert werden. Die Mittelungen, die man dieserhalb den Bergeschaften gemacht, waren aber verschiedentlich so unklar, daß sich der Arbeiterschaft eine große Erregung bemächtigte. Ein Korrespondent hatte ein- mal, man solle anstatt Kornzuschuß Weizenbrot, ein anderer wiederum meinte Korn- oder Weizenbrot zu verlangen.

Um die Mißverständnisse zu klären, beriefen der Gewerksverein christl. Bergarbeiter und der christl. Metallarbeiter-verband für den 2. April eine öffentliche Versammlung der Bergarbeiter und Hüttenleute ein, die im „Glückauf“-Hotel in Clausthal stattfand. Der große, rund 800 Personen fassende Saal vermachte die Menge der Besucher nicht zu fassen. Außer den Arbeitern der staatlichen Betriebe war erschienen Herr Oberbergirat Ehring sowie mehrere Bergleute und Inspektoren.

Kollege Buchner vom christlichen Metallarbeiterverband hatte das Referat übernommen. Er wies nach, daß selber die Arbeiterschaft manches Vorrecht und manche Vergünstigung gehabt hätte, die man ihr nach und nach genommen, so das Selektrecht und anderes mehr. Zur Wahrung dieser alten, historischen Rechte sei nur eine einzige, zusammenfassende Arbeiterschaft nötig, deshalb sollten auch die Oberharzer Berg- und Hüttenleute die Hand der Organisation ergreifen.

In der folgenden Diskussion, an der sich die Vertreter der Bergeshörde und die Arbeiter weit zahlreich beteiligten, wurde es erneut bewiesen, daß das Vorgehen einzelner Beamten wohl dazu angeht war, Mißverständnisse zu erregen. Es wurde auch von einem Vertreter der Bergeshörde gesagt, die Invaliden, Witwen und Waisen hätten das Vorkorn nicht von der Verwaltung, sondern von der Knappschaftskasse erhalten. Wenn dem so sein sollte, dann können die Bergleute, sowie auch die Hüttenleute nun am allerbesten klar und deutlich sehen, wie ihre Rechte bei der Neuverteilung der Oberharzer Knappschaftsverhältnisse mit Füßen getreten sind.

Zum Schluß ließ Kollege Groppe, der die Versammlung geleitet, über die vom Referenten eingebrachte Resolution abstimmen; das Resultat war einstimmige Annahme. Kollege Groppe führte dann noch des näheren aus, unter welchem Druck die Arbeiterschaft des Harzes bisher gestanden. Das sei schon erheblich anders geworden und mit dem weiteren Erstarken der Organisation würde auch mit diesen Dingen ganz aufgeräumt werden können. Von welchem Geiste die Arbeiterschaft befeelt ist, das zeigt der folgende Wortlaut der Resolution:

„Die Donnerstag, den 2. April im Hotel „Glückauf“ stattgehabte öffentliche Versammlung erklärt, daß sie mit der beabsichtigten Lieferung von Wehl anstatt Korn nicht einverstanden ist, vielmehr verlangt Versammlung, daß das Vorkorn unbedingt weiter geliefert wird. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, wonach den Invaliden, den Witwen und Waisen schon das ihnen zustehende Vorkorn genommen worden ist, glaubt Versammlung auf alle feststehende Rechte unter keinen Umständen verzichten zu können. Versammlung erwartet, daß die in Betracht kommenden Behörden für die Aufrechterhaltung der alten Rechte voll und ganz eintreten werden, umso mehr, da ja König Wilhelm I. bei der Hebernahme der hannoverschen Landessteine 1866 zugesichert hat, die alten Rechte hochzuhalten und zu fördern. Versammlung ist der unerschütterlichen Überzeugung, daß auch unser oberster Verherrher keine Verletzung dieser Rechte dulden wird und erwartet sie, daß auch die in Frage kommenden Instanzen den königlichen Willen respektieren werden.

Um aber ihrerseits jede beabsichtigte Schwächung aller Rechte gehärend zurückweisen zu können, erwartet Versammlung, daß sich die Arbeiter geschlossen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung anschließen und für Stärkung derselben fest und unerschütterlich einzutreten bereit sind.

Die Versammelten beauftragen die Versammlungsleitung, vorstehende Entschliebung der königlichen Bergeshörde zu übermitteln."

Jetzt, Kollegen, gilt es, dieses Wollen in die Tat umzusetzen, damit die Berg- und Hüttenleute endlich einmal aufatmen können und sich als gleichberechtigte, freie Männer fühlen und betrachten können. Drum auf zur Arbeit, hinein in die Organisation! Das Resultat der Versammlung zeigt, daß ein großer Teil der Kollegen ihre Pflicht erkennt, nun gilt es, weiterzuarbeiten, nicht eher zu ruhen, bis der Bann, unter dem die Arbeiterschaft des Oberharzes bisher gestanden hat, gebrochen ist. Hoch die Solidarität in der christlichen Gewerkschaftsbewegung!

W. S.

Gelbe Unverschämtheiten.

Auf der Generalversammlung des „Bundes deutscher Arbeitgeber“ in Hannover behandelte vor kurzem der bekannte Herr Schmiedehaus-Geselle die Gewerkschaftsfrage und zog vor allem die christlichen und die „gelben“ Organisationen in den Kreis seiner Betrachtungen. Daß hierbei die ersteren äußerst schlecht wegkamen, hingegen die „Gelben“ in dem Referenten einen warmen Protektor fanden, wundert den gar nicht, der Herrn Schmiedehaus kennt. Die tendenziöse Stellungnahme in dieser Frage rief selbst den schärfsten Protest in Arbeiterkreisen hervor. In einem Teile der Arbeitgeberfachpresse erschien bald ein Artikel, der den christlichen Gewerkschaften im allgemeinen eine gerechte Behandlung zuteil werden läßt, und auch die „Gelben“ zutreffend kennzeichnet. Nachdem die französischen „gelben“ Führer in ihrer wahren Bestimmung vorgeführt sind, bestreitet der Artikel-jährer ganz entschieden die Notwendigkeit „gelber“ Gewerkschaften in Deutschland. Während er auf der einen Seite denselben die Fähigkeit abspricht, als wirklich zuverlässige Kontrahenten bei der Durchführung von Tarifverträgen zu fungieren, ist er andererseits objektiv genug, am anzuerkennen, daß eine vom Gelbe der Arbeitgeber ausgehaltene Bewegung nicht ernstlich als eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter in Betracht kommen kann. Auch wirft der Schreiber die Frage auf, ob nicht zur Schmutzkonturrenz neigende Arbeitgeber sich die „Gelben“ in ihrem Sinne dienstbar machen würden, um ehrlich konkurrierende Kollegen unterbieten u können. Im weiteren wird ganz zutreffend der Gegensatz zwischen

der sozialdemokratischen und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgehoben und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die christlichen Gewerkschaften berufen seien, eine Gesundung unseres Volkstörpers herbeizuführen. Darum müsse ein Erstarken dieser Bewegung jeden weiterblickenden und wirklichen Vaterlandsfreund von Herzen freuen.

Diese durchaus sachlichen Ausführungen haben den „gelben“ Ritter von Selbegg, das geistige Haupt der „Gelben Arbeiterpartei“, auf den Plan gerufen. Seitdem dieser „Mitter aus der Fremde“ in Zürich nicht ganz auf seine Rechnung gekommen zu sein scheint, hat er mit seinen Jooen auch unser Vaterland beglückt und sein Domizil in Stuttgart genommen. Gegenüber seinen ähnlich gesinnten Freunden zeichnet sich dieser Herr vor allem dadurch aus, daß er denselben mindestens um 100 Prozent in bezug auf Unverschämtheit voraus ist und geradezu mit Synonymus feins „gelbe“ Flagge überall aufzupflanzen versucht. Aus der geistigen Welt dieses Herrn nun ging der Redaktion eines Blattes, das obigen Artikel aufzunehmen „gewagt“ hatte, folgender Erguß zu:

Gelbe Arbeiterpartei (Sektion Stuttgart)
Stuttgart, den 19. März 1908.

An die Redaktion der
Arbeitsgeberzeitung für das Baugewerbe“
Gießen.

In Nr. 11 Blatt 2 der „Arbeitsgeberzeitung für das Baugewerbe“ haben Sie einem Artikel Ausnahme gewährt, wie man sie nur in der Revolverpresse niedrigerer Sorte zu finden gewöhnt ist. Darin gibt einer Ihrer „Korrespondenten“ unter dem Namen: Schürmeister, seiner sog. christlichen Salunkengestaltung so beherzten Ausdruck, daß es ganz unverständlich ist, wie eine Arbeitsgeberzeitung derartiges aufnehmen konnte. Wir nennen Ihren Korrespondenten hiermit öffentlich einen Salunken und werden dies in der nächsten Nummer unserer Zeitung gehend zum Ausdruck bringen, weil nur ein Salunkte ohne jeden Beweis beartige niederträchtige Verleumdungen gegen jemanden verbreiten kann, den er gar nicht oder nur aus sozialdemokratischen Schriften kennt. Obgleich die roten Verleumder des gelben Führers P. W. in der Presse gerichtlich verurteilt wurden, wagt Ihr Korrespondent es, diese Verleumdungen noch zu verstärken. Natürlich nur, weil er in seiner Feigheit denkt, Witz werde ihn vom Auslande her nicht belangen. Das ganze Gesubie Ihres Korrespondenten kennzeichnet den auf niedrigster Stufe stehenden sogen. christlich-nationalen Fanatiker, der mit bewußten Lügen nur so um sich wirft.

Indem Sie diese, von Ihrem Korrespondenten der sozialdemokratischen Presse entnommenen Niederträchtigkeiten, und als solche für jeden Denkenden sofort erkennbaren Verleumdungen ausnahmen, hat Ihr Blatt sich auf die unterste Stufe der Heppresse gestellt, wenn nicht unverschämte Zuchtlosigkeit vorliegt. Wir werden dafür sorgen, daß die Gehässigkeit Ihres Blattes in den Arbeiterkreisen bekannt wird, die sich weder von der Sozialdemokratie, noch vom Zentrum fanatisieren lassen. Wir verstehen, daß für kurzfristige Vorposten vorteilhaft erscheinen mag, einer aus momentanen praktischen Gründen Anspruchlosigkeit handelnden Arbeiterorganisation, wie es die christlich-nationale ist, Vor-schub zu leisten. Nur gänzlich unerfahren Leute sind heute noch darüber im Zweifel, daß die sogen. „christlich-nationalen Arbeiterverbände“ mit völlig sozialdemokratischen Ansichten verfaßt sind, eben weil ihre Führer ihnen nichts Vernünftiges bieten und sie kein soziales Programm haben.

Wie konnte Ihr Blatt dem Korrespondenten erlauben, einen so pyramidal hornierten Satz zu schreiben, wie: „Die Gelben stammen aus Frankreich.“ Dieser Satz müßte genügt haben, um einen denkenden Redakteur Ihres Blattes auf die Niederträchtigkeit des Artikelschreibers aufmerksam zu machen. Weidert deutsche Gelbe stammen denn aus Frankreich? Oder haben sie etwa die Prävention alle vom Auslande kommenden Ideen, Erfindungen u. für nicht nach Deutschland passend zu erklären. Schönes Armutzeugnis für Sie und Ihren Artikel-schreiber. Ja, die echten deutschen Gelben haben den Franzosen die hohe Idee entnommen, daß deutsche Industrie, deutsche Arbeitgeber und Arbeiter zusammengehören soll, nicht amerikanischen und sonstigen Banquiers; und daß dazu durch Anteilnahme der gelben Arbeiterverbände am Kapital der Geschäfte der Anfang gemacht werden muß. Die Gelben, welche in Frankreich wie in Deutschland schon längst nicht mehr mit den Arbeitswilligen von 1900 zu tun haben, wollen das Kapital und den Besitz „demokratisieren“, d. h. ihr im Volke mit allen Mitteln verbreiten, um so dem Privatigentum wieder zu einer Berechtigung zu verhelfen, die es bei der fortschreitenden Konzentration täglich mehr verliert. Das ist das aus Frankreich importierte, ebenso wie die Idee der Demokratie in politischer Hinsicht von Frankreich importiert wurde, wie Ihnen vielleicht bekannt. Schließlich fragen wir noch an, ob Ihnen die bei allen „Christlichen“ stets wiederkehrende Entschuldigung der Sozialdemokraten, mit welcher auch Ihr Artikelschreiber schließt, auch nicht aufgefallen ist, wodurch seine Behauptung, die Christlichen hätten mit den roten nichts gemein, Lügen gestraft wird? Sie werden sich vielleicht hinter Unparteilichkeit verbergen. Aber ein Unparteilicher verbreitet keine Lügen, Verleumdungen, besonders nicht so auffallend dummer Art.

Wir schließen mit gebührender Achtung!
Gelbe Arbeiter-Zeitung
(Name unleserlich.)

Wir haben dieses an Frechheit der Sprache kaum noch zu überbietende Machwerk zum Ausdruck gebracht, um unsern Freunden einmal einen Blick in die unverschämte Gedankenwelt der „gelben“ Reife tun zu lassen. Aus dem drohenden und anmaßenden Ton werden auch die Arbeitgeber das eine entnehmen können: Sie müßten nach der Weise der „gelben“ Malabors

tanzen, falls es dem Herrn „Mitter“ und seinen Seelenverwandten gelänge, innerhalb der Arbeiterschaft genügend Boden zu gewinnen zur Errichtung einer Machtposition. Der „gelbe“ Terror, wie man ihn schlimmer nicht denken könnte! Es hiesse weiter den „gelben“ Selben zu viel Ehre antun, wollten wir die christlich-nationale Arbeiterbewegung gegen die erhobenen Anwürfe verteidigen. Nur eines soll festgesetzt werden: bei jeder Gelegenheit suchen die Verteidiger der „Gelben“ die Ansicht zu vertreten, als richte sich die Bewegung ausschließlich gegen die Sozialdemokratie und als plane man gar nicht, der christlichen Bewegung irgendwie Abbruch zu tun. Demgegenüber kann obiges Dokument geradezu als ein Schulbeispiel dafür gelten, daß unsere Bewegung, mindestens ebenso fanatisch bekämpft wird wie die sozialdemokratische. Uns soll's recht sein. Es läme fast einer Verleumdung unserer Bewegung gleich, wenn es anders wäre.

Gewerkschaftliches.

Für die christlichen Gewerkschaften

hat sich kürzlich eine Versammlung der kirchlich-Sozialen Konferenz im Evangelischen Vereins-Hause zu Bochum ausgesprochen. Herr Pastor Hof (Bochum) hatte das Referat über die Gewerkschaftsfrage. Die Versammlung war von evangelischen Arbeitern und christlichen Gewerkschaftlern stark besucht. Der Redner sprach sich gegen die freien Gewerkschaften aus, lehnte auch die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsrichtung und die sog. gelben Gewerkschaften ab. Dagegen empfahl er warm die christlichen Gewerkschaften, deren Bedeutung man in den evangelischen Arbeitervereinen herabzumindeinern suche.

Unter Hinweis auf das vorhandene Übergewicht der Katholiken in den christlichen Gewerkschaften charakterisierte man sie als „Zentrumsgewerkschaften“. Schuld hieran sei aber den evangelischen Arbeitervereinen selbst beizumessen, weil sie ihre Mitglieder zurückhielten. Dagegen habe man die evangelischen Arbeitervereine der nationalliberalen Partei dienstbar gemacht. In den christlichen Gewerkschaften werde Parteilichkeit geübt. Würden die evangelischen Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, so vermöchten sie sich auch das Recht in dieser Organisation zu sichern.

Die Hirsch-D. Blätter, die mit einem wahren Heißhunger sonst jede — auch die kleinste — Verleumdung aus dem evangelischen Lager gegen die christlichen Gewerkschaften breit und behaglich ausschütten, berichten aber von dieser Versammlung keine Silbe. Das poßt eben nicht in ihren Kram und wird deshalb hübsch totgeschwiegen.

Ueber das Solinger Urteil.

das den vom sozialdem. Metallarbeiterverband betriebenen Arbeiteraerzal gerichtlich festlegte, schweigt sich die sozialdem. Parteipresse (mit Ausnahme des örtlichen Parteiblatts „Arbeiterstimme“) aus, soweit wir eine Uebersicht haben. Der „Vorwärts“, der zwei Wochen vorher, als ein bürgerliches Blatt in derselben Sache zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt wurde, mit vollen Händen von einer zerstörten „Reichsverbandstlinge“ zu berichten wußte, hat jetzt vollständig die Sprache verloren. Das hat der „Stahlwarenarbeiter“ bei der Gelegenheit aber schon vorausgesagt und tatsächlich ist es so eingetroffen. Unschonend muß es auch wahr sein, was der „Stahlwarenarbeiter“ dabei weiter behauptete, daß nämlich kein Parteiblatt den Mut besitze, gegen den Stachel der Firma Schliche, Reichel & Comp. zu lösen. Netze Zustände in der Partei mit voraussetzungsloser „Meinungsfreiheit“!

Die rote „Metallarbeiter Zeitung“ konnte den aufsehenerregenden Prozeß natürlich nicht ganz totschweigen und so berichtet sie denn in Nr. 15 darüber in ihrer Weise. Nach Ansicht der „Metallarbeiter-Zeitung“ sei ein größerer Widerspruch zwischen der Beweisführung und dem Urteil nicht denkbar und das Urteil erscheine ihr nur aus dem „lokalen Milieu“ erklärlich. — Das Solinger Milieu ist allerdings dem roten Metallarbeiter-Verband von jeher sehr unbeförmlich gewesen und nachdem er sich jetzt so elend den Mägen dort verborben hat, muß man doch wenigstens eine Erklärung oder Entschuldigung dafür haben und darum waren die „Genossen“ selbst in der verzweifeltsten Lage noch nie vorliegen. Gegen das vernichtende Urteil soll, wie ja nicht anders zu erwarten war, Berufung eingelegt werden. Die Hoffnung der Metallarbeiter-Zeitung auf diese Berufung scheint uns allerdings etwas optimistisch und ihre zur Schau getragene Siegeszuversicht, die ja auch vor dem erstinstanzlichen Urteil vorhanden zu sein schien, doch zu künstlich und auch sachlich verfräht. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Charakteristisch ist, daß in einer Anzahl von gegnerischen Blättern — von denen auch noch einige übernommen werden — der Jubel über den Ausgang der Schöffenaerzalverhandlung ein sehr mäßiger ist. Die

Blätter wissen sehr wohl, weshalb sie sich dieser Zurückhaltung befleißigen. Sie ahnen wohl, daß die Berufungsinstanz anders urteilen wird.“

Es wäre vorichtiger gewesen, wenn sich die „Metallarbeiter-Zeitung“ etwas weniger bestimmt ausgesprochen hätte. Wie die Berufung ausfällt, weiß doch vorerst abgewartet werden. Und wenn das Urteil zweiter Instanz das erste nicht aufhebt, sondern wieder zu Ungunsten der Stuttgarter Oberinstanz entscheidet? Was dann? Charakteristisch für die „Metallarbeiter-Zeitung“ ist, daß sie aus der angeblichen Zurückhaltung gegnerischer Blätter schlussfolgern möchte, daß die eine Meinungsäußerung der Schliche, Reichel und Genossen in zweiter Instanz abzuwarten. — O, diese abmun-svollen Engel! Mein, die gegnerischen Blätter sind eben nicht solche strunselosen Demagogen wie die sozialdem. Presse, die zweifelsohne vor Freude gerast hätte, wenn das Solinger Urteil die christlichen Gewerkschaften betroffen hätte. Vielleicht rote Presse schwelgt dafür heute in sieben Sprachen, wo es sich um rote „Genossen“ handelt, die als Arbeitervertreter entlarvt wurden. Das ist die bekannte „Wahrheits- und „Gerechtigkeits“-Liebe im roten Lager.

Man auch das Urteil der Berufungsinstanz ausfallen wie es will, die Dokumente des „Stahlwarenarbeiters“ und der damit zusammenhängende Verat bleiben als Tatsachen für alle Zukunft bestehen und damit sind und bleiben diese Führer öffentlich verurteilt.

Geistige Waffen von „Sitz Berlin“

In Nössel (Ostpr.) fand kürzlich eine christliche Gewerkschaftsversammlung statt. An der Diskussion beteiligte sich auch der Vorsitzende der katholischen Fachabteilung — Bauunternehmer Tischbör. Dieser Konventionrat gab zweimal die ernsthafteste Versicherung ab, die katholischen Fachabteilungen — seien interkonfessionell. (!!!) Die betreffende Versammlung scheint dem famosen Fachabteilungsleiter doch nicht sehr bekommen zu sein, denn nach Schluß der Versammlung holte er im Vorhof seine „geistigen“ Waffen, bestehend in einem mit Blei aufgeladeten dicken Gummi-schlauch (Toschschläger) hervor, um den bösen christlichen Fachabteilungsleiter zu übermitteln. Einem Unbeteiligten gelang es mit List, dem Manne die „durchschlagende“ Waffe abzunehmen. Als dauerndes Andenken wurde dieselbe dem Bürgermeister übergeben.

In einer Versammlung in Deutsch-Krawarn am 4. Februar wütete der bekannte Bull gegen die christlichen Gewerkschaften. Kollege Schlimmer wollte die maßlosen Angriffe zurückweisen. Kaum hatte derselbe begonnen, da drohte der Vorstehende mit Wortentziehung, weil er nicht zur Sache spreche. Kollege Ehrhardt vom christl. Banarbeiterverband, der gegen ein solches Gebahren protestierte, wurde zum Verlassen des Lokales aufgefordert. Es entstand ein Tumult. Mehrere Landwirte und Händler („Sitz Berlin“) gingen mit erhobenen Stöcken auf Ehrhardt los. Nur durch das ruhige und besonnene Verhalten des letzteren wurde Schlimmeres verhütet. Herr Bull beteiligte sich eifrig mit an der Hinausbeförderung von drei christlichen Gewerkschaftlern, die es gewagt hatten, gegen die Leitung zu protestieren.

Wie verhält sich so etwas mit der vom Sitz Berlin gepredigten „Tugend“ und „Demut“? Ja, ja, es gibt keine berufeneren Moralprediger wie die Fachabteiler!

Doppelte Gefahr

hält besser, denkt der „Regulator“ und druckt in seiner Nr. 15 die Ausführungen eines evangelischen Heßblättchens gleich zweimal ab. In diesem konfusen Geschreibsel versucht nämlich ein „Arbeiterfreund“ die evangelischen gegen die katholischen Arbeiter aufzuheben mit der blödsinnigen Behauptung, die evangelischen Kollegen würden in den christlichen Gewerkschaften von den katholischen systematisch zurückgesetzt und benachteiligt. Das paßt den Hirsch-Dunckern so vorzüglich, daß sie mit wahren Heißhunger darüber herfielen und dem lieben guten Onkel „Regulator“ gefällte die Sache so vorzüglich, daß er doppelt nährt.

O, ihr armen, kranken Freunde! Wenn ihr keine andere Medizin habt, wie die abscheuliche konfessionelle Heße, dann seht ihr doch dem Untergange geweiht, da hilft auch die doppelte Nacht nichts! Darum laßt ab von diesem grausamen Spiel, die Entwicklung unserer christlichen Gewerkschaften werdet ihr damit doch nicht heilmen können!

Hebrigens hat sich das evangelische Heßblatt auch geirrt oder es hat geschwindelt. Von der evangelischen „Arbeit“ Nr. 15 muß es sich folgende Richtigstellung gefallen lassen:

„Zunächst ist es falsch, daß vor 1 1/2 Jahren“ (etwa Juli 1906), „von rund 120 Beamten der christlichen Gewerkschaften rund 20 d. h. 16-17 Prozent evangelisch“ waren. Am 1. Juni 1906 zählten die christlichen Gewerkschaften nicht 120, sondern 145 Beamte, worunter 14 gleich 10 Prozent nicht 20 gleich 16-17 Prozent) evangelischer Konfessionen waren. Ferner sind die Zahlen von „heute“ — Januar 1908 — falsch. Von insgesamt circa 220 christlichen Gewerkschaftsbeamten waren am 1. Januar 1908 nicht 27, sondern 35 evangelisch, das sind etwa 16 Prozent. Es ergibt

sich also, daß der Prozentatz der evangelischen Beamten in den christlichen Gewerkschaften in 1 1/2 Jahren nicht um 4 Prozent heruntergegangen, sondern um 6 Prozent gestiegen ist.

Gewiß sind 10 bzw. 16 Prozent keine großen Zahlen, aber es zeigt sich in der Steigerung um 6 Prozent in dem kurzen Zeitraum von 1 1/2 Jahren doch die Tendenz starker Zunahme des evangelischen Elements in den christlichen Gewerkschaften. Kennen der Verhältnisse sind sich darüber klar, daß der Zuwachs der christlichen Gewerkschaften aus evangelischen Kreisen — sowohl an Mitgliedern, als an Beamten — immer stärker wird und daß es in absehbarer Zeit nicht mehr helfen kann: Die Katholiken haben in den christlichen Gewerkschaften das erdrückende Übergewicht.

Bei dieser Gelegenheit soll aber nochmals ausgesprochen werden, daß es unbegründete Klugheit ist, ja meistenteils böswillige Verleumdung ist, wenn behauptet wird, in den christlichen Gewerkschaften spiele die Konfession eine bestimmende Rolle. Das ist ganz und gar nicht der Fall; jenenfalls kann von keiner Benachteiligung der evangelischen Konfession die Rede sein. Die Leitung ist im Gegenteil stets bemüht gewesen, mehr evangelische Kräfte in die Vorstands- und Beamtenstellen herbeizuziehen und auf diesem Bestreben könnte ihr mit größerer Berechtigung eine Benachteiligung der katholischen Konfession zur Last gemacht werden.“

Diese letzteren Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Wie bezeichnend muß es für die H.-D. Strategen und ihre Kronzeugen, die konfessionellen Heher im protestantischen Lager sein, daß sie sich diese Wahrheiten von einem evangelischen Blatt sauen lassen müssen!

Soziale Rechtspredung.

Ob der Arbeitgeber verpflichtet, für eine entsprechende Temperatur in den Arbeitsräumen zu sorgen?

Diese für alle Arbeiter wichtige Frage hat das Gewerbegericht in Bocholt kürzlich im bejahenden Sinne entschieden. Der Sachverhalt ist folgender:

Am 3. Februar 1908 hatten die Arbeiter der Firma Gebr. Hensling (mech. Weberei) unter einer sehr großen Kälte zu leiden. Den Arbeitern war es unmöglich, ihre Arbeit verrichten zu können. Das Thermometer zeigte 3 bis 4 Grad Reaumur. Sie verließen deshalb die Arbeit gegen 11 Uhr morgens und verlangten für den Rest des Tages einen Schadenersatz von 1,50 M. pro Kopf. Die Firma lehnte die Entschädigung ab. Ihr Verhalten rechtfertigte sie dadurch, daß sie nicht Eigentümerin der Fabrik sei, sondern nur Raum und Kraft gemietet habe, folglich für eine genügende Wärme nicht aufkommen könne. Die Arbeiter erhoben deshalb Klage beim Gewerbegericht. In seiner Sitzung vom 19. Februar wurde den Arbeitern der Schadenersatz zugesprochen und die Firma kostenpflichtig verurteilt:

In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Nach § 120 a der Gewerbe-Ordnung hat der Unternehmer die Arbeitsräume für seine Arbeiter gesundheitsgemäß zu halten. Durch 3 bis 4 Grad Wärme wird diesen Anforderungen nicht entsprochen. Mit hin durften Kläger die Arbeit verlassen. Der Verstoß gegen § 120 a der G.-O., ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 des B. G. B. berechtigte die Kläger, ihren Lohnausfall als Schadenersatzanspruch geltend zu machen. Daß Beklagte die Arbeit bezügl. Kraft und Raum nur gemietet hat, ist unerheblich. Die Firma ist Beklagte, also haftbar.“

Da vorliegend lediglich das Verhältnis zwischen ihr und den Klägern in Betracht kommt, so wird Beklagte von der Ersatzpflicht nicht dadurch befreit, daß ein Dritter, nämlich Vermieter, als Kraftlieferant sich auf Wassermangel, der übrigens keine höhere Gewalt darstellt, beruft.“

Die Gesetzeskenntnis der Behörden

wird an einem krassen Fall durch den „Versicherungsbote“ beleuchtet. Der Sachverhalt ist folgender:

Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zugezogen, die ihn auf längere Zeit arbeitsunfähig machte. Da er nur vorübergehend beschäftigt war, so hatte er keinen Unterstützungsanspruch gegen eine Krankenkasse. In seiner Not wandte er sich nun an seinen letzten Arbeitgeber und bat um eine kleine Unterstützung. Weder er, noch der Arbeitgeber, noch das Kontorpersonal hatten eine Ahnung davon, daß ihm auf Grund des § 12 Abs. 2 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ein Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung gegen den Arbeitgeber zustand. Der letztere erfaßte vielmehr Anzeige wegen Betrugs. Der Staatsanwalt und Amtsrichter von der Bestimmung des obigen Paragraphen anscheinend noch nichts wußten, so wurde der Arbeiter zu einer Haftstrafe von 14 Tagen wegen Betrugs verurteilt.

Ein städtischer Beamter, dem er den ganzen Tatbestand erzählte, nahm sich seiner an. Er machte für den Arbeiter eine Eingabe an das Amtsgericht, die auch zur Freisprechung des Verurteilten führte. Gleichzeitig benachrichtigte der Beamte die Armenverwaltung, die dem Arbeiter sofort eine Unterstützung zukommen ließ und den Arbeitgeber dazu anhielt, daß er die Armenunterstützung zurückstaltete und dem verurteilten den Rest der ihm gesetzlich zustehenden Krankenunterstützung auszahlte.

Aus dem Verbandsgebiet.

Also 14 Tage Gefängnis — wegen Unkenntnis des Gesetzes bei fünf Personen, die als Mischbeteiligte über amtlich mit der Sache befaßt waren. Ein Unberolligter, der sich ausserdienstlich aus freien Stücken des Mannes annahm, und auf die Klarlegung des Sachverhaltes gab, endlich dem schier ungläublichen Wang der Sache die richtige Wendung. Ist da die Forderung, daß sich die Behörden mehr wie bisher mit den Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung befassen sollen, nicht durchaus berechtigt?

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Ausgang fort.

Mugaburg. Zugang von Kupferschmieden für die Mugaburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dinklage. Wegen Verweigerung von Kollanen ist über die Firma Holtzhaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) die Sperre verhängt.

In Hamburg, Bremen, Kiel, Bremerhaven, Wilhelmshafen, Stettin und Danzig sind ein Teil der Werftarbeiter ausgeperrt.

Solingen. Ueber die Firma Tinger ist die Sperre verhängt.

Zugang ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor einmaliger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unseren dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. April der siebzehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 19. bis 26. April 1908 fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Abrechnung vom 1. Quartal ist in allen Ortsgruppen, wo es noch nicht geschehen ist, sofort fertig zu stellen und einzuliefern. 4—5 Wochen nach Quartalschluss müssen alle Ortsgruppen mit der Zentrale abgerechnet haben. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Ortsgruppen 8 Wochen nach Quartalschluss um Einlieferung der Abrechnung gemahnt werden müssen. Jede Ortsgruppe sollte es sich zur Ehre anrechnen, mit der Abrechnung stets pünktlich zu sein.

Die Ortsgruppen Salble und Stromberg-Naurori erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seidenstraße 19 zu adressieren.

Die Aufnahmeheine von allen neuemittretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzunehmen und bei der Quartalsabrechnung mit einzuliefern. Die Kassierer mögen dieses besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Schw. G. und d. Nach längerer Pause läßt sich einmal wieder ein jüdischer Metallgenosse veranlassen, in einer längeren Stellung sich mit uns zu beschäftigen. Aus dem Grund, als wenn wir schon öfter das zweifelhafte Vergnügen hätten, von jener Seite mit derartigen Stillschaltungen, wie der Strikent in Nr. 14 der „Metallarbeiterzeitung“ sie zurecht, beehrt wurden; deshalb hatten wir es für kaum- und Zeitverschwendung, und mit den Verdächtigungen des fraglichen Artiklers näher zu beschäftigen, denn derartige plagiatorische Nebenwendungen imponieren uns nicht im geringsten, sondern sie beweisen uns zur Genüge, daß im Umfange Metallgenossenschaft vorwiegend jüdische Stillschließung als einziger Punkt auf der Tagesordnung steht. Diese Stillschließung dürfte jedenfalls in der christlichen Mitgliedschaft, an der die Umfänger rote Verwaltungen stellen schon seit 14 Jahren leider, beendigt sein.

In stetig gewachsenen Reihen verkündeten unsere Metallgenossen im Januar 1907: „Unsere Verwaltungen stellen 1586 Mitglieder; sogar der rote Bruder Graveurverband wollte 170—180 Mitglieder haben! Der Größenwahn einiger Genossen 3. und 4. Ranges reicht in der damaligen Zeit sogar so weit, daß sie erklärten: „In zwei Jahren ist die neue Kirche im nahen Walsbotten ein Gewerkschaftshaus!“ Doch mit des Geistes Mächten ist kein ewiger Mund zu machen, und das Unglück schreitet schnell! Der Kampf vorzog und der Arbeiterbewegung, von dem ja der jüdische Stillschließung des Genossenschaftsorgans so schön zu erzählen weiß, suchte unsere Genossen heim.

Der uns liegt die Abrechnung der roten Verwaltungen vom 1. Januar 1908. Wir müssen gestehen, wenn auch andere Verwaltungen des sozialdemokratischen Verbandes sich so „rapid entwickelt“, dann wird uns wirklich „angst und bange“. Trotz der im August v. J. sich vollzogenen Fusion des Graveurverbandes mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband kaum noch 1200 Mitglieder. Das ist wirklich ein großartiger „Ersolg“. Wozu wir uns erlauben, unsere herzlichste „Gratulation“ zu erwidern, verbunden mit aufrichtigem Wunsche, daß auch im Jahre 1908 dieses „rapid vorwärtschreiten“ im gleichen Maße anhalten möge.

Die Arbeiterschaft der Edelmetallindustrie steht aber immer mehr und mehr ein, daß in der Bewegung des Jahres 1906 mit ihren Interessen seitens der Genossen nur Schindluder getrieben wurde. Mit großsprecherischen und hochtönenden Phrasen sucht man von jener Seite der Arbeiterschaft mehr zu machen, daß nur der Deutsche Metallarbeiterverband einzig und allein in der Lage sei, für die gewiß verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gold- und Silberarbeiter etwas zu tun. Das bekannte Schimpfwörterlexikon alias Vorhölzer verfuhrte auch damals in seiner ihm eigenen geschäftigen Weise, unsere Organisation in den Tod zu ziehen. Die Forderungen von unserer Seite, die u. a. auch 10 Prozent Lohnerhöhung enthielten, wurden als den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufend hinzustellen versucht, dagegen aber die bekannte Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 Stunden mit der entsprechenden Umrechnung der Stundenlöhne als das erstrebenswerte Ziel der Arbeiterschaft der Edelmetallindustrie bezeichnet. Mit der bekannten Umrechnung glauben unsere Genossen der Arbeiterschaft einen nicht hoch genug zu schätzenden Vorteil verschafft zu haben.

Wir verkennen ja nicht das Gute, das eine Verkürzung der Arbeitszeit mit sich bringt. Wir glauben aber, und darin werden wir wohl mit dem Urteil der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft übereinstimmen, daß in erster Linie einmal eine direkte Lohnerhöhung, eine absolute Vermehrung des Einkommens, das erstrebenswertere Ziel aller in der Edelmetallindustrie Beschäftigten sein mußte. Eine Begründung hierzu ist wohl nicht besonders notwendig, sie dürfte jetzt jeden zielbewußten Genossen ziemlich geläufig sein. Das ist aber trotz der gegenteiligen Behauptungen, wir erinnern hier nur an ein bekanntes Flugblatt, das die Genossen vor einigen Wochen hier verteilten, in dem allermeisten Betrieben tatsächlich, entweder gänzlich oder nur in sehr geringem Maße, und zwar durch die Schuld der Genossen erreicht worden. Von der Arbeitszeitverkürzung, die wir als Gewerkschaftler gewiß zu schätzen wissen, haben wohl die meisten Arbeiter mit Bezug auf die Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht den geringsten Vorteil, denn der Arbeiter muß ja jetzt in der Regel bei diesen 9 Stunden genau dasjenige leisten, wie früher bei der 10stündigen Arbeitszeit. Unverständlich ist es wohl auch dem größten Teile der Arbeiterschaft, wie der Genosse Vorhölzer seiner Zeit in der bekannten Versammlung im Stadtgartenjaale die Behauptung aufzustellen magte, daß eine Umrechnung von 59 Stunden auf 54 Stunden der von 60 auf 54 Stunden vorzuziehen sei. Ob dieser Herr wohl bei dieser Behauptung unsere Herren Arbeitgeber im Auge hatte? Fast scheint es so.

Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft unserer Industrie hat deshalb auch nach und nach eingesehen, daß mit der Verkürzung ihrer Interessen seitens der Genossen, wie schon eingangs erwähnt, nur Schindluder getrieben wurde. Das Vertrauen und das Renomme, das unsere Genossen durch ihre phrasenhafte und großsprecherische Gebahren sich seitens der arbeitslosen Masse ehemals angueignen verstanden, ist verschwunden; deshalb auch der Aerger und die Wut auf die „vermaledeiten“ Christlichen, die es verstanden, ihre Bewegung trotz der schwierigen Verhältnisse und trotz der gefährlichen Verdächtigungen und Beileumdungen seitens der Genossen, am hiesigen Orte vorwärts zu bringen. Ueber 200 Kollegen, die früher Mitglieder des roten Verbandes waren, haben durch Uebertritt unsere Reihen verstärkt. Damit dürfte wohl allein schon der Beweis erbracht sein, daß wir auf dem rechten Wege sind. Die christliche Bewegung hat von jeher die Interessen der Arbeiterschaft stets energisch und zielbewußt wahrgenommen. Ob wir von oben oder unten, von rechts oder links, von Schatzkammern oder von Brüdern roter Couleur beswegen angerempelt werden, das läßt uns ziemlich kalt. Auch der bekannte Genosse: „Der wahre Schmiedeln und dem Führer vor den Saatz treten“, den die Genossen gegen uns in der letzten Zeit und besonders bei der Frage der Lohnerhöhung der Stadttagelöhner gegen den Kollegen Groß anwandten, dürfte, diese Berichtigung können

wir den Genossen geben, unter den gewünschten Erfolg haben. Die Tatsache, daß durch das energische Vorgehen und Eintreten des Kollegen Groß für die Stadttagelöhner etwas erreicht wurde, vermag selbst der bockteste Genosse nicht abzuleugnen, daher auch das Bestreben derselben, die Suche ins Lächerliche zu ziehen.

Im übrigen können wir mit Stolz auf unsere christliche Gewerkschaftsbewegung im „schwäbischen Raum“ und Umgebung blicken. Nahezu 1500 Streiter umstehen heute die Fahne der christlichen Bewegung, trotz der Neber und Widersacher. Das soll und muß uns aber anspornen, noch energischer und fruchtbarer für unsere Bewegung zu kämpfen und zu wirken. Darum rufen wir unseren Kollegen und Kolleginnen zu: „Nastlos mußst du vorwärts streben wie ermüdet stille stehen!“

Thale a. S. Während wir bei früheren wirtschaftlichen Krisen verschont blieben, macht sich die jetzige schlechte Konjunktur auch auf dem hiesigen Eisenhüttenwerk bemerkbar. Ganz besonders wird davon die Geschirrfabrik betroffen. In letzter Zeit sind in diesem Betriebe mit der verschiedenen Betriebs-einschränkungen vorgenommen worden. Selbst bei einiger Freundschaft und Ueberweisung von Arbeitern nach andern Verständen. Ebenso wird in verschiedenen Abteilungen jede Woche ein Tag ausgesetzt. Wenn auch nichts dagegen einzuwenden ist, und es besser so ist, als wenn Arbeit erst a j-nen vorz-nommen würden, so entspricht es doch nicht der Gerechtigkeit, wenn aus dem Emailir, Gußemalier, Stanzwerk und Kumpfneri solche Kollegen andern Verständen, (z. B. an er-) überwiesen werden, die schon 8, 10 bis 20 Jahre dort gearbeitet haben. Eigentümlich ist, daß man gerade organisierten Kollegen bei den Ueberweisungen von „Vorzug“ gibt. Auch einige unserer Kollegen hat das Loos betroffen. Es wird hier stark vermutet, daß man einen Schlag gegen die Organisationen auszuüben beabsichtigt. Denn mit der Betriebs-einschränkung ist vom 1. April einen Abfordabzug von 15 bis 20 % vorgenommen worden, so in den Abteilungen Gußemalierwerk, Kleinmeyer und Emailierwerk (auf-träger). Die andern Verstände sind ebenfalls betroffen. In einer öffentlichen Versammlung am 1. April d. J. wurde Stellung genommen und eine einstimmig angenommene Resolution der Direktion überreicht worden, in der der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, bei noch etwa zu erzielenden Betriebs-einschränkungen resp. Ueberweisungen nach anderen Verständen, nicht wie bisher geschehen, die ältesten langjährig eingearbeiteten Arbeiter heranzugreifen, sondern bei den jüngsten zuletzt Eingestellten anzufangen. Weiter wird verlangt, den schon vollzogenen und angeleit. digten Lohnabzug zurückzuziehen mit einem von den Arbeitern zu wählenden Arbeiterausschuß zu verhandeln und die Ausübung des Koalitionsrechts nicht zu behindern.

Nicht bezweifelnd ist es, daß nach Angabe ihrer Führer eine Anzahl Freiorganisierter aus gutem, ehrenlichem Geworden sind. Bei uns ist erfreulicher Weise das Gegenteil zu verzeichnen. Haben doch in letzter Zeit gerade aus evangel. Kollegentreiben eine Anzahl ihren Beitritt zu unserm Verband erklärt. Das ist recht so. Geben sie doch dadurch den besten Beweis, daß alle christlichen Arbeiter ohne Unterschied der Konfession zusammen stehen müssen, um auch hier der christlichen Arbeiterbewegung einen Platz an der Sonne zu sichern.

Treiet darum ein in die Organisation, die stets und vor allen Dingen als erste auf den Plan getreten ist, um auch für die Hütten- und Walzwerftarbeiter gedeihliche Zustände zu erreichen. Das ist der christliche Metallarbeiter-Verband.

Diesem sich anzuschließen, für denselben zu agitieren und kämpfen muß jetzt erst recht die Pflicht jedes Kollegen sein. Nicht eher geruht und gerastet bis auch hier der letzte christliche Arbeiter sich unserm Verbands angeschlossen hat. Darum ist es unser Schlichte die Reihen, auf zum Kampf!

Furtwangen. Ein jedes Tierchen hat sein Pflänzchen, aber wenn das Pflänzchen anderen zum Schaden ist, so darf man dem nicht ruhig zusehen und muß wohl oder übel das Vergnügen stören. Unser früheres Mitglied Germa n Feiß, der im Januar dieses Jahres wieder einmal aus unserem Verbands austrat, weiß seit der Zeit kein edleres Spiel zu treiben, als unsere Mitglieder gegen den Verband zu hegen und dieselben zum Austritt zu bewegen. Er ist in Mitgliederverzeichnis der Ortsgruppe verzeichnet als: „Wird nicht mehr aufgenommen“. Es sei ihm dies auf diesem Wege bekannt gegeben, nicht daß er vielleicht meint, wenn wieder mal die Zeit kommt, wo es etwas vom Verbands zu holen gibt, könne er sich wieder einschleichen. Nein, auf solche Mitglieder pfeifen wir. (Sehr richtig! Redaktion.)

Bei einem Kollegen ist es ihm gelungen, denselben vom Verband abtrünnig zu machen. Ist sich Feiß aber wohl der ganzen Niederträchtigkeit solchen Gebahrens bewußt? Wenn er nicht, daß er dadurch seiner Mitarbeiter um die Verbandsbeiträge betrogen hat? Und daß er sich selbst, sowie alle seine Nebenarbeiter indirekt schädigt, wenn er die Entwicklung der Organisation hindert? Hat Feiß jetzt durch dieses schöne Treiben auch nur den geringsten Nutzen? Nein! Also ist sein Tun verwerflich und arbeiterfeindlich. Für eine solche Handlungsweise ist es nicht möglich, den passenden parlamentarischen Ausdruck zu finden, der solche niedrige Tat genigend kennzeichnet. Ein Psal über solche gemeine Gesinnungsart und die Verachtung aller christlichen organisierten Kollegen sowie aller Arbeiter, die nach Standesbewußtsein bleiben, ist gegen solche Leute am Platze. Bei einem ist es ihm gelungen, möge er es bei dem lassen und es nicht beim zweiten versuchen, es könnte ihm bitter aufstoßen. Er ist doch nicht bei der Firma angestellt, um gegen den Verband zu agitieren während der Arbeitszeit? Möge er seiner Arbeit nachsehen, wie die organi-

fierten Arbeiter auch, die ja auch mag während der Arbeitszeit für den Verband agieren.

Allenfalls sind das auch keine denkenden Kollegen, die sich von einem Profitlägerl durch ein paar falsche, verlogene Sprüche vom Verband abwenden lassen. Was soll bei der Firma Krügener vorgetrieben sein, daß auch nur einen Schilling auf unsern Verband wirft? Heraus mit der Sprache!

Kollegen und Kolleginnen! Wenn so einer kommt, und durch seine falschen Klischee auch den Kopf verdrehen will, so schickt ihn heim, wie er es verdient, denn er schädigt euch in euren ureigensten Interessen. Haltet fest und treu zusammen, und wenn ihr in einem Punkte im Unklaren seid, so befragt euch bei denen, die nur euer Wohl im Auge haben. Lebt euer Organ, seid fleißige Versammlungsbesucher, kann werdet ihr sehen, daß innerlich gearbeitet wird zur Besserstellung unseres Standes. Agitiert aber auch jeder Kollege und jede Kollegin für den Verband, denn je mehr Mitglieder, desto eher kommt der Erfolg. Ein nichtorganisierter Arbeiter hat heutzutage keine Bedeutung mehr. Deshalb laßt euch von solchen auch nicht beschwemmen. Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, denn vereinte Kraft Großes schafft!

Annäherung der Redaktion. Die Zurwanger Kollegen haben recht daran getan, solchen Schädling der Organisation öffentlich an den Pranger zu stellen, um ihm sein unsauberes Handwerk zu legen. Das mag auch anderen Ortsgruppen gesagt sein, die mit Stänkern und Quertreibern zu kämpfen haben, deren Abneigung gegen die Organisation oft in fanatischen Haß ausartet. Demen muß hier das Verbandsorgan gezeigt werden, daß die Arbeiterorganisation sich nicht wehrlos verleumben und bezweifeln läßt. Wir wehren uns gegen die Angriffe der gegnerischen Organisationen — Sozialdemokraten, Christen, Facharbeiter und Gelbe — ebenso müssen wir die Ehre unserer Organisation auch gegen indifferente Verleumben und Schmarotzer in Schutz nehmen, auch wenn sie früher mal — aus sehr durchsichtigen Gründen — Mitglied bei uns waren.

Laupertheim. Unsere diesmal etwas verspätete Generalversammlung am 5. April nahm einen schönen Verlauf. Aus dem Tätigkeitsbericht ist hervorzuheben, daß im vergangenen Jahre 15 Mitgliederversammlungen, 8 Werkstattbesprechungen und 27 Vorstandssitzungen stattfanden. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 379 Mk., die Ausgaben 500,27 Mk., mithin erhielten wir von der Hauptkasse 121,27 Mk. mehr, wie wir eingezahlt haben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 95,46 Mk., Ausgabe 88,45 Mk., bleibt ein Bestand von 7,01 Mk. Der Kassenbericht war von den Revkassen geprüft und für richtig befunden, worauf dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Aus der hierauf stattgefundenen Vorstandswahl gingen hervor: J. Degen 1., Sebald 2. Vorsitzender; Niessfeld 1., Gündert 2. Kassierer, W. Degen 1., Huber 2. Schriftführer, und Konwall als Vertrauensmann.

Weiter stand die Zentralisation mit Mannheim zur Beratung. Nachdem die Kollegen alle Gründe für und wider sachlich besprochen, wurde der Anschluß an Mannheim mit großer Majorität beschlossen. Zum Schluß betonte der Vorsitzende noch, daß die großen Vorteile der Organisation uns besonders drastisch zum Bewußtsein gekommen seien. Bei dem Streit in den Süddeutschen Drahtwerken, der neun Wochen dauerte, hätten unsere Kollegen die Stütze des Verbandes praktisch erfahren. Da hätten sie 121 Mk. Unterstützung mehr bezogen, als die ganze Einnahme der Ortsgruppe betrug. Ohne den Verband wären die Kollegen schwer in Not geraten, da sie ohne ihr Zutun in den Kampf verwickelt wurden. Daraus möchten alle Arbeiter eine Lehre ziehen und nicht nur treu an der Organisation festhalten, sondern auch an der Ausbreitung und Stärkung des Verbandes stets unermüdet mitarbeiten. Mit der Hoffnung auf bessere Fortschritte im laufenden Jahre wurde die Versammlung geschlossen.

St. Ingbert. Schon wiederholt haben wir von dem Quertreibern berichten müssen, die hier von verschiedenen Herren — anscheinend auf höherem Befehl — gegen die christlichen Gewerkschaften belästigt werden. Sie zielen insbesondere dahin, einen Keil zwischen evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften zu treiben. Eine wohlverdiente Abrechnung mit diesen Leuten hält Kollege Gutsche in einem Artikel im „Reich“ unter der Überschrift: „Christliche Gewerkschaftssekretäre als Maßgeißel“. Der Artikel lautet:

„Den Gipfel des feinen „Benimmens“ und des guten Tones in allen Lebenslagen gegenüber den christlichen Gewerkschaftssekretären hat entschieden das Vorstandsmitglied Alt von den pfälzischen protestantischen Arbeitervereinen, seines Zeichens Rechnungsführer bei der St. Ingberter Kütte, erklommen. In einer evangelischen Arbeiterversammlung in Rohrbach bezeichnete dieser „Arbeiterführer“ die christlichen Gewerkschaftssekretäre aus Saarbrücken als „Aasgeier“, die auf dem Delegiertentage in Otterberg auf die Sprengung des Pfälzer Verbandes gelaunt hätten. Da nun in Otterberg auf dem Verbandstage nur ein christlicher Gewerkschaftssekretär (ich selbst) anwesend war, kann ich nicht umhin, Herrn Alt aneulicht solcher schändlichen Redeweise, die auf einen entsprechenden Bildungsgrad, noch mehr auf einen bebauernswerten Gemütszustand schließen läßt, mein lebhaftes Bedauern auszudrücken. Allerdings werde ich niemandem bei sachlichen Auseinandersetzungen auf das zoologische Gebiet folgen. Zur Sache selbst bemerke ich, daß es lediglich dem Takt des Herrn Pfarrer Schowalter und der anwesenden christlichen Gewerkschaftler zu danken ist, wenn in Otterberg der Pfälzische Verband protestantischer Arbeitervereine nicht gesprengt wurde, sondern bei allen Fragen eine Verständigung auf der mittleren Linie erfolgte.“

Herr Alt hatte an der Sprengung des Verbandes das größte Interesse, um dann die St. Ingberter Vereine besser seinen scharfmacherischen Gelüsten dienstbar machen zu können.

In der besagten Rohrbacher Versammlung wurden von Herrn Alt auch Pfarrer Schowalter die größten Dinge zugegedacht; ebenso hat die Tätigkeit des Verbandssekretärs Albertsmeier das Mißfallen des Herrn Alt erregt. Nach seiner Meinung ist Albertsmeier eine Stütze der Schowalterischen Richtung und zu gewerkschaftsfeindlich. Rechtschuldigkeiten sollte man in St. Ingbert (bei ihm selbst?)

und nicht bei Albertsmeier machen lassen usw. Erfreulich ist, daß auch die „Somburger Zeitung“ (nationalliberal) gegen die Altischen Treibereien Stellung nimmt. In einer Zuschrift in dem genannten Blatte heißt es u. a.:

„Gerade Herr Alt hätte es nicht notwendig, die wahren Arbeiterfreunde, wie Pfarrer Schowalter und Verbandssekretär Albertsmeier, auf solche Weise anzugreifen; hat doch die Richtung, der Herr Alt angehört, wiederholt bewiesen, daß sie die Arbeiterorganisationen in jeder Form bekämpft, mögen sie heißen wie sie wollen, und damit wird auch das gesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter bekämpft. . . . Gerade deshalb ist ihm (Alt) die aufklärerische Tätigkeit des Verbandssekretärs zuwider; ein Beschwichtigungssapostel wäre ihm lieber gewesen. So sehr auch ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Stände in den evangelischen Arbeitervereinen erwünscht ist, so ist es doch außerordentlich bedauerlich, daß berartige organisationsfeindliche Bestrebungen einen solchen Einfluß im Verband der Pfälzischen evangelischen Arbeitervereine gewinnen konnten. Solange solche reaktionären Anschauungen in den Vereinen und im Verbands-Anschluß maßgebend sind werden unsere Arbeitervereine und damit auch der Gesamtverband nie und nimmer die gesteckten Ziele erreichen.“

Soweit die Zuschrift. Im übrigen ist doch festzustellen, daß berartige Scharfmacherien in den evangelischen Arbeitervereinen nicht zu häufig vorkommen. In der Pfalz herrscht ja doch schon in den meisten Arbeitervereinen infolge der Mäßigkeit der christlichen Gewerkschaftler ein recht reges Leben.

Das soll natürlich nicht nur in der Pfalz, sondern auf der ganzen Linie geschehen. Die evangelischen, christlich reformierten Arbeiter werden schon noch ein tüchtiges Stück Reformarbeit innerhalb der Arbeitervereine leisten. Weht dieselbe in dem begonnenen Maße fort, dann werden in zwei bis drei Jahren die evangelischen Arbeitervereine Elemente wie Alt und Genossen ausgeschieden haben. In derselben Zeit wird auch die Stellung des Gesamtverbandes in der Gewerkschaftsfrage eine bestimmte werden. Zum Verzagen ist aber gar kein Grund! Es wird schon Frühling werden.

Freising. Unser schönes Städtchen am Ufer der Isar ist keine große Fabrikstadt mit Tausenden von Industriearbeitern, deshalb können wir auch nicht mit großen Mitgliederzahlen paradiere. Aber seit dem Bestehen unseres Verbandes zählt Freising zu denjenigen Ortsgruppen, wo ein alter Stamm von treuen, überzeugten Kollegen vorhanden ist, die stets die Fahne der christlichen Arbeiterbewegung hochgehalten haben.

Der in unserer diesjährigen Generalversammlung erstattete Kassenbericht ließ erkennen, daß die alten Kollegen auch im vergangenen Jahre treu geblieben, aber wenig Zuwachs zu verzeichnen ist. Zum Teil liegt dies auch schon an der niedergehenden Konjunktur, zum Teil auch an der Tatsache, daß neun Mitglieder von hier abgereist sind. Im laufenden Jahre muß die Agitation besonders energisch betrieben werden, um unsere Zahl in die Höhe zu bringen.

Leider haben wir bei einigen Auchkollegen die Erfahrung machen können, daß sie vor einer Lohnbewegung dem Verbands beitreten, nach erfolgreicher Beendigung aber auch sofort wieder in die Reihen der Indifferenten der Geißeln und Schmarotzer zurückkehrten. Solche Leute sind ein Bleigewicht an der Arbeiterbewegung und verdienen eigentlich den Ehrentitel Arbeiter nicht.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde der Beitrag auf 60 Pfg. erhöht und von dem Extrabeitrag von 10 Pfg. werden sieben Pfennig an die Bezirkskasse abgeführt zwecks Anstellung eines Beamten für Südbayern. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, für die zweite Woche in Krankheitsfällen pro Mitglied und Tag 70 Pfg. Unterstützung aus der Lokalkasse zu gewähren an solche Mitglieder, die länger wie ein Jahr im Verband sind.

Eine Lohnbewegung am hiesigen Ort hat uns bei einer Firma wieder eine Lohnerhöhung von 5-7 Prozent gebracht, vor drei Jahren in derselben Fabrik 10 Prozent. Dies alles auf friedlichem Wege, wobei die beiden hier in Betracht kommenden Verbände, unser und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, gemeinsam vorgingen.

Anstelle des erkrankten Kassierers Gempfer erstattete Kollege Hünigert den Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen 927,80 Mk., die Ausgaben 288,70 Mk., sodaß an die Hauptkasse 639,10 Mk. abgehandelt wurden. Die Erwerbslosenunterstützung allein betrug 151 Mk. Die Lokalkasse hatte einschließlich Bestand von 1906 eine Einnahme von 543,97 Mk., eine Ausgabe von 235,20 Mk., mithin einen Kassenbestand von 308,77 Mk. am Jahresschluß 1907. Die Revkassen Hümpel und Steindl erklärten, daß die Kasse in Ordnung sei und daraufhin wurde dem Kollegen Gempfer Entlastung erteilt.

Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Bök 1., Hünigert 2. Vorsitzender; Gempfer 1., Harpöitner 2. Kassierer; Ermeier 1., Hünigert 2. Schriftführer; Kleinbientz und Kallmannsberger als Revkassen. Als Kartellbelegierte wurden Bök, Hünigert und Hünigert gewählt. Der anwesende Bezirksleiter Kollege Westermeyer-München ermahnte die neugewählten Vorstandsmitglieder an ihre übernommenen Pflichten und alle Mitglieder zur eifrigeren Arbeit im Dienste des Verbandes. In der Diskussion wurde vom Kollegen Peißl und anderen Rednern erklärt, daß die Anstellung eines Beamten für Südbayern nicht mehr weiter hinausgeschoben werden dürfe. (Die Stelle ist ja ausgeschrieben und wird nach menschlichem Ermessen demnächst besetzt werden. Also noch ein wenig Geduld. Redaktion.) Kollege Westermeyer versprach, die Wünsche der Freisinger Kollegen nach bestem Können vertreten zu wollen.

Der Vorsitzende richtete dann zum Schluß der schön verlaufenen Generalversammlung noch einen aufmunternden Appell an die Kollegen, ihre ganze Kraft für die Weiterentwicklung des Verbandes einzusetzen und sich hierauf mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung, die hoffentlich gute Früchte für unsere Ortsgruppe tragen wird.

Neheim. Unsere Ortsgruppe hielt am 5. April eine außerordentliche Versammlung ab, da die regelmäßige wegen geplanten öffentlichen Arbeiterversammlungen in Pfaffen und hier ausfallen mußte. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen. Der Vorsitzende Kollege Kieseheuer gab zunächst eine Uebersicht über die Tätigkeit und den Verlauf des vergangenen Vierteljahres. Er führte etwa aus: Die Beitragsleistung hat sich auch in diesem Vierteljahr stabiler

gezeigt und ist von 11,4 auf 11,9 Wochenbeiträge gestiegen. Ebenso hat sich der Versammlungsbesuch erheblich gebessert und wird es jedem Kollegen freuen, daß gegenüber der Generalversammlung eine Steigerung von 26 Proz. zu verzeichnen ist. Wir wollen diesen Aufschwung als ein gutes Zeichen aufnehmen und erhoffen, die noch nicht gemachten Neuaufnahmen von Mitgliedern nachzuholen. Hierzu werden uns die öffentlichen Versammlungen in Pfaffen und in Neheim wohl reichliche Gelegenheiten bieten. Um auch zu diesen Versammlungen guten Besuch der fernstehenden Kollegen zu bekommen, wurde die Stadt in acht Bezirke eingeteilt und sollen alsdann von Familie zu Familie die Flugblätter verbreitet werden.

Ferner berichtete Kollege Kieseheuer noch über die Bezirkskonferenz, deren hauptsächlichsten Punkte schon in der Verbandszeitung veröffentlicht waren. Dann wurde über die Verhandlung wegen der Distriktsstunden mit den konfessionellen Vereinen berichtet. Ist dieser Akt auch eine sogenannte Seefschlange, so wird er e. d. l. doch noch Gnade finden.

Kollegen, jetzt alle Mann an Bord; nicht nur an den Versammlungen teilgenommen. Das ist die kleinste Leistung, da muß jeder sich einen fernstehenden Kollegen vornehmen und hinein in unsern Verband bugieren. Kollegen, dann werden wir recht baldigst die besprochenen weiteren Fortschritte erzielen. Lieber Frühling, komm auch in die Organisationen, es sind der kalten Wintertage genug gewesen. Doch Mut und Ausdauer, Begeisterung und Opfermuth führen uns zum Ziele. Halte jeder organisierte Kollege seine Stellung fest, dann werden die fernstehenden Kollegen nicht anders können als hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Aus Lothringen. (Agitationsmethoden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Lothringen.) Bekanntlich haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften wenig oder gar keinen Erfolg in der Agitation in Lothringen. Warum, ist leicht erklärlich. Schrieb doch selbst Genosse Leimpeters im Briefkasten der Rebakten in Nr. 44 der „Volkswacht“ an seinen Waisenfreund und Volksredner F. . . . in Diedenhofen: „Wette mir doch in des Teufelsnamen mit beinem Phrasengekluge vom Leibe.“

Da nun selbst sozialdemokratischerseits zugegeben wird, daß ihre Agitatoren Phrasenredner sind, so kann es einem nicht wunder nehmen, wenn die wenigen Versammlungsbesucher, die noch die sozialdemokratischen Versammlungen besuchen, schon während dem Referate das Lokal verlassen, oder ob der „geistreichen“ Reden einschlafen, wie es auch in letzter Zeit vorgekommen ist.

Um nun aber democh einmal ein gut besetztes Lokal zu bekommen, griff der sozialdemokratische Metallarbeiterverband am Sonntag, den 22. März, zu dem letzten verwerflichsten Mittel; nämlich, er veranstaltete in Nibingen in der Wirtschaft Schanno ein Tanzkränzchen, verbunden mit Weintrinken. Laut Bericht der „Volkswacht“, Nr. 17, dauerte das Weintrinken bis morgens 4 Uhr, und da man befürchtete, das Fest würde nicht besucht, so wurde Verstärkung herangezogen von Diedenhofen, Metz, Maizières, Nombach und Stahlheim. Sämtliche politische und gewerkschaftlich organisierten „Genossen“ mußten erscheinen. Da nun das Lokal Schanno kaum 200 Mann faßt, so war die gut besetzte Versammlung fertig. Unorganisierte bezahlten 50 Pfennig Eintrittsgeld. Diese wurden aber denjenigen, die dem roten Verbands beitreten wollten, als Eintrittsgeld angerechnet. So konnte jeder Tanzlustige billig zu einem Vergnügen kommen, und wenn die Herren Genossen glauben, einen Fischfang gemacht zu haben, so brauchen sie nur nach Nibingen zu gehen und zu hören, wie man sich über sie lustig macht. Doch die Hauptfache wurde erreicht. Man hatte einmal einen gut besetzten Saal, konnte nach Herzenslust Pfaffen dreschen und diese Agitationsmethode stößt nicht bei den Unternehmern an. Den Schwarmmachern ist mit solcher Erziehung — pardon: Verblödung des Volkes nur gebient.

Die „Volkswacht“ schreibt in Nr. 17: „Dieses wohlgelungene Fest war ein klarer Beweis dafür, daß auch im schwarzen Lothringen unsere Sache schöne Fortschritte macht, trotz alledem.“ (O, o!) Nun aber eine Frage: Welche Sache hat solche Fortschritte gemacht, das Weintrinken oder die Organisation? Daß letztere gemeint sein soll, ist kaum glaublich, schreibt doch selbst die „Volkswacht“ in ihrer Nr. 62: Dem Kartell in Diedenhofen gehören 21 Mitglieder an aus folgenden Verbänden: Metallarbeiter-, Transportarbeiter-, Zimmerer-, Schneider-, Buchbinder-, Maler-, Holzarbeiter- und Maurer-Verband. Also diese acht sozialdemokratischen Verbände zählen zusammen schon 21 Delegierte, und wenn man bedenkt, daß die Ortschaften Nibingen, Maizières, Nombach und Stahlheim dem Kartell in Diedenhofen angeschlossen sind, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie mächtig die sozialdemokratischen Verbände in Lothringen anwachsen. — Die lothringische Arbeiterschaft wird sich auch trotz Weintrinken nicht von den Herren Genossen fangen lassen. Der ehrliche Lothringer weiß, daß sein Platz nur in den christlichen Gewerkschaften sein kann.

Aus dem Unternehmerlager.

Streikversicherung in Arbeitgeberverbänden.

Die Metallindustriellen rücken unentwegt. Am 20. März hat die „Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ in Berlin getagt. Nach einem Bericht der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ Nr. 14 wurde über die Entwicklung der Entschädigungsgesellschaft berichtet, daß dieselbe auch im dritten Geschäftsjahre eine zufriedenstellende gewesen ist. Es hat sich die Arbeiterzahl und die versicherte Lohnsumme durch Vergrößerung der einzelnen Verbände, hauptsächlich aber durch den Beitritt der Bezirksverbände Viesefeld und Ettettin, nicht unerheblich erhöht, und zwar ist die erstere auf 160 029 und die letztere auf 126 200 000 Mk. angewachsen.

Die im Berichtsjahr vollzogenen Satzungsänderungen haben sich als durchaus zweckmäßig bewährt. So sind

Die Bestimmungen, den Tarifvertrag betreffend, sind... worden, da dieses Organ sich als überflüssig erwiesen hat.

Im Berichtsjahre sind bei der Geschäftsstelle 384 385 Klagen zur Entschädigung angemeldet worden, wovon 224 487 Klagen auf Streiks, 159 898 Klagen auf Aussperrungen entfallen.

Der Ausschluß trat den Beschlüssen des Ausschusses bei, so daß die Auszahlung der Entschädigungen in die Wege geleitet werden kann.

Daraus ersehen die Metallarbeiter, wie die Unternehmer unablässig zum Kampfe rufen, insbesondere die Kriegskasse zu stärken suchen.

Soziales.

Auf dem Wege zum Tarifrecht

Die Bedeutung der Tarifverträge dringt allmählich in immer weitere Kreise und aus ihrem Studium heraus hat sich schon seit längerer Zeit die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung dieser so wichtigen Materie entwickelt.

Die Frage wird gegenwärtig in verschiedenen Staaten, insbesondere auch in Deutschland, von den Regierungen einer durchgreifenden Prüfung unterzogen.

Die übrigen zahlreichen Bestimmungen, welche der italienische Arbeitsrat für den Gesetzentwurf vorschlägt, befassen sich fast ausschließlich mit dem ordnungsmäßigen Zustandekommen des Tarifvertrages

und mit den Tarifverträgen, die zwischen eingetragenen Berufsvereinen abgeschlossen werden.

Man sieht, die Vorschläge des Arbeitsrats beruhten gänzlich und gar die immer stärker zutage tretenden Bestrebungen sowohl der Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber, sich fester aneinanderzuschließen.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts

Für das Jahr 1907 ist dem Reichstage zugegangen. Aus demselben geht hervor, daß in dem genannten Jahre über 20,7 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren.

Infolge der wachsenden Klagen der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer hat das Reichsamt des Innern Beamte damit beauftragt, die Berechtigung der Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung der Rentenlast und einige dabei beobachtete Erscheinungen zu erforschen und Mittel zur Abhilfe zu suchen.

Die Zahl der Rentenbewilligungen im Jahre 1907 betrug 134 563, so daß im ganzen vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1907: 2 053 942 Rentenansprüche bewilligt worden sind.

Die Entschädigungen bis zum Beginn des Berichtsjahres, also in den ersten 16 Jahren des Bestehens der Invalidenversicherung, betrugen im ganzen 1 328 209 070 Mark, wozu dann im Jahre 1907 an Entschädigungen aus der Invalidenversicherung etwa 172 Millionen Mark kommen.

Jugendliche Arbeiter.

Die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1906 läßt gegen das Vorjahr eine bedeutende Steigerung erkennen.

Das Zahlenverhältnis der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen gestaltete sich 1906 folgendermaßen: 426 200 Arbeiterinnen von 16-21 Jahren, 668 820 Arbeiterinnen über 21 Jahren, insgesamt 1 095 899 Arbeiterinnen.

Briefkasten der Redaktion.

Kollege E. Egging. Versammlungsangabe zu

spat eingetroffen. Montag abends 8 Uhr in ordnungsgemäßer Weise, das ist doch bald oft genug publiziert worden.

Agitationsoberleit Nürnberg.

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 1 Uhr tagt in Sulzbach... die diesjährige Bezirkskonferenz.

Miesfeld. Das Sekretariat unseres Verbandes befindet sich im Hause des Herrn Debourier Herberstr. 84.

Versammlungs-Kalender.

- Kollege, Kollegin! Warst Du in der letzten Verbandssammlung? Wenn nicht, bist Du um so mehr verpflichtet, wenigstens die nächste zu besuchen!
- München. Ostermontag, den 20. April, vormittags 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wiegand.
- Wiesbaden. Ostermontag 11 1/2 Uhr bei Franz Juppig Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Altenhof. Sonntag, den 26. April vorm. 11 Uhr Versammlung Verkehrslok. Hilt, Altenhoferstr.
- Essen-Verder. Sonntag, den 26. April vorm. 11 Uhr Versammlung Verkehrslok. Hausmann Essenerstr.
- Essen-Altenessen. Sonntag, den 26. April nachm. 5 Uhr Versammlung Verkehrslok. Wöhner, Wöhnerstraße.
- Essen-Gratrop. Sonntag, den 26. April nachm. 8 1/2 Uhr Versammlung Verkehrslok. Trogemann, Tieferei Kollege Schlegelstr.
- Essen-Nach. Nächste Versammlung am 25. April.
- Freising. Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Gasthaus zum Heidewirt.
- Gelsenkirchen-Pöhlen. Samstag, den 25. April, abends 8 Uhr mit allgemeiner Versammlung bei Hauptgeschäft.
- Gelsenkirchen-Duisburg. Samstag, den 25. April abends 8 Uhr bei Meische.
- Gelsenkirchen-NeuStadt. Sonntag, den 26. April vorm. 11 Uhr bei Rastus.
- Essen-Kalk. Samstag, den 25. April Versammlung bei Schorff. Pöhllich 9 Uhr abends alle erscheinen.
- Glückbeck. Unsere nächste Versammlung findet nicht den 8., sondern am 4. Samstag, den 26. d. Mt. abends 7 Uhr im Gewerkschaftshause statt.
- Erdbünde. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden am 1. und 3. Samstag im Monat im Lokale Mehr, Hochstraße 22 statt.
- Neuiges. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat bei Joh. Geipel, Wilhelmstr. Abends 7 1/2 Uhr statt.
- Nürnberg. Alle Unterstellungen sind im Sekretariat, Tucherkasse 9 II zu erledigen.
- Ortsverwaltung-Oberhausen. Es wird den Mitgliedern hierdurch nochmals bekannt gegeben, daß Erwerbslosenmeldungen nur auf dem Büro Dauerstr. 14 entgegengenommen werden.
- Ortsverwaltung-Siegen. Das Büro befindet sich jetzt Kompenstr. 29 I. Etg.
- Strasbourg. Die Adresse um des Vorstehenden ist jetzt: Karl Brezenmacher, Muppelstraße, Hauptstraße 46.
- Weyer. Von auswärts zuziehende oder durchreisende Kollegen müssen sich melden bei Paul Schmitz, Roienstr. dort befindet sich auch ein Logiernadweis.
- Wolfsbühl. Sonnabend den 25. April abends 8 1/2 Uhr bei Ostermann, Schöplapf 17.

Im Namen des Königs!

In der Privatklage des Gewerkschaftssekretärs Emil Engel in Diederhosen, Privatklägers, gegen den Notar Dr. Johann Seimpeters in St. Johann (von der Saarwacht), Beklagten.

Redak: ERNA MIEBER: Druck: Das von Klopfer & Co. herausgegebenes Blatt: Jahrgang des Jahres 1908 in Duisburg